

Gekauft.

Akademische Titel einfach shoppen
statt erschufte. **8**

Genervt.

Was „Django“ Mitterlehner von der
ÖH hält. **16**

Geblendet.

Freiwilligenarbeit im Ausland kann
auch kontraproduktiv sein. **26**

Gezeichnet.

Weltpremiere! Wir drucken einen
Comic ab. **32**

Wunde Punkte

**ECTS-Punkte sollen deine Leistung messen. Dabei bleiben
Fairness und Bildung auf der Strecke.**



P.b.b.|ErscheinungsortWien|Verlagspostamt1040|GZ02Z031545M|EUR0,73



ERHOLUNG IST WICHTIG – WÄHLEN ABER AUCH!

EINFACH PER BRIEFWAHL ABSTIMMEN.

Es gibt viele Gründe, warum Sie am Wahltag nicht ins Wahllokal gehen können. Aber das muss Sie nicht am Wählen hindern. Denn mit der Briefwahl können Sie Ihr Wahlrecht ortsunabhängig nutzen und sogar von zuhause aus Ihre Stimme abgeben. So leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratie. Mehr Informationen zur Briefwahl und Anforderung der Wahlkarte unter post.at/briefwahl

Wenn's wirklich wichtig ist, dann lieber mit der Post.

IHRE STIMME ZÄHLT!
VON 19.-21.05.2015 SIND ÖH WAHLEN!



Bildung

08 LEINTUCHWISSENSCHAFT. Über Studis, die sich ihre Titel einfach kaufen.

10 DISKONTERWISSENSCHAFT. Was passiert, wenn die Wirtschaft die Wissenschaft diktiert?

11 POLITIK, DIE WIRKT? Im Wahlkampf wird ja immer einiges versprochen. Aber was kann die ÖH tatsächlich umsetzen?

12 50 JAHRE ALTE FORDERUNG. Die Diskriminierung von afro-asiatischen Studis war lange ein blinder Fleck der ÖH. Heuer können sie erstmals auch gewählt werden.

Politik

16 VERTEIDIGUNG GEGEN DIE DUNKLEN KÜNSTE. *progress* hat angesichts der ÖH-Wahlen versucht, Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner etwas zu provozieren.

19 IN EINER BANK ARBEITEN, STATT SIE ZU PUTZEN. Eine neue Wiener Einrichtung soll (muslimischen) Frauen Unterschlupf und Unterstützung bieten.

20 AL-QAIDA, ISIS, ANTIFA? Nach den Protesten gegen den Akademikerball im Jänner ermittelt die Polizei nun tatsächlich wegen Terrors.

21 „EIN MORD PASSIERT, DAMIT ER ZUM BILD WIRD“. Petra Bernhardt forscht zu Politik und Bildern und spricht im Interview über Medienstrategien echten Terrors.

Dossier

24 RETTET DIE WALE UND STÜRZT DAS SYSTEM. 6 Dinge übers Weltverändern, die du noch nicht wusstest.

25 EIN BISSCHEN FRIEDEN, EIN BISSCHEN CV POLIEREN. Soziologin Marietta Mayrhofer-Deak erklärt, warum das mit dem Selbstlossein nicht immer so einfach ist.

26 VON DER FANTASIE, DIE WELT ZU RETTEN. Toll, wie Weiße dann die Leute vor den von Weißen verursachten Problemen retten kommen.

28 WER ZU STARK BRENNT, BRENNT AUS. Wer sich engagiert, kann sich auch mal übernehmen und überarbeiten.

30 CORPORATE SOCIAL IRRESPONSIBILITY. Riesenkonzerne machen einen auf nachhaltig und umweltfreundlich, weil's gerade so hip ist.

Feuilleton

32 MOZART, SCHNITZEL, HAIDER. Die belgische Filmemacherin Nathalie Borgers wirft von außen einen Blick auf den skurrilen Haider-Kult.

34 HOW I DEFEATED MY INNER MACHO. Aktivismus muss nicht immer dreckig und nass sein.

36 REZENSIONEN. Von uns für euch exklusiv vorgekaut und vorverdaut.

38 ALLES BÖSE IST AUTISTISCH. Marlies Hübner über deplatzierte, behindertenfeindliche Metaphern im Journalismus.

Cover

„ECTS ist ein studierendenorientiertes System zur Akkumulation und Übertragung von Studienleistungen, das auf der Transparenz von Lernergebnissen und Lernprozessen basiert.“ Wer es geschafft hat, die Bedeutung dieses einen Satzes aus dem gelenden ECTS-Leitfaden zu erfassen, hat sich bereits einen ECTS-Punkt verdient; für das Lesen unserer Coverstory schreiben wir euch zwei Punkte gut. Warum wir damit immer noch fairer sind als Bologna: **SEITE 4**

Fotoreihe

Mafalda Rakoš ist freischaffende Fotografin und arbeitet vorzugsweise an Langzeitprojekten. Auszüge aus „I want to disappear“ sind diesmal auf den Trennerseiten zu sehen. Sie versuchen die Lebenswelten von Menschen mit Essstörungen zu erforschen und gemeinsam mit den Projektteilnehmer*innen zu ergründen. Der Fokus liegt weniger auf der Reproduktion von vorhandenen visuellen Klischees, sondern vielmehr auf persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen. **SEITEN 7, 15, 31**

Dossier

Sich für eine bessere Welt einzusetzen – schon so etwas, was auf der allgemeinen Lebens-to-do-Liste steht. Wir haben in unserem aktuellen Dossier darüber nachgedacht, warum und wie das die Leute von heute so machen. Und weil wir unverbesserliche Pessimist*innen sind (oder kritische Journalist*innen, wie man's nimmt), haben wir natürlich auch ein paar unerfreuliche Nebenwirkungen ansprechen müssen. **SEITEN 23 BIS 30**

Illustrationen

Irgendwann beim Googeln sind wir per Zufall auf eine Berliner Illustratorin gestoßen, die sich mit einer unserer Cheficas gleich Vor- und Nachnamen teilt: Marlene Brüggemann. Weil Marlene Marlenes außergewöhnlicher, dichter Stil und hypnotisierende Bilder auf Anhieb gefallen haben, haben wir sie glatt von der Stelle für unsere Dossier-Illustrationen engagiert. Diese Marlene Brüggemanns, die können halt was. **SEITEN 23 BIS 30**

Editorial

Liebe Leser*innen!

Hat euch schon mal wer drauf hingewiesen, dass bald wieder ÖH-Wahlen sind? Wenn nicht, hier nochmal eine Portion hochinformativen Investigativjournalismus, den ihr von uns ja gewöhnt seid: Unseren anonymen Informant*innen nach finden sie von 19. bis 21. Mai im hochschulischen Wahllokal eures Vertrauens statt.

Die Spitzenkandidat*innen könnt ihr auf *progress-online.at* bei unserem brandneuen und überhaupt nicht vom ORF geklauten Videoformat ÖH-Wahlfahrt (*#oehwahlfahrt #oeh15 #hashtag*) kennenlernen und ihnen dabei zusehen, wie sie mit den verschiedensten Fortbewegungsmitteln fahren und sich von Olja Alvir mit Fragen löchern lassen.

Abseits von dem weltbewegenden Demokratieereignis im diesjährigen Superwahljahr haben wir aber auch noch ein paar Nischenthemen wie Terrorparagrafen, Drittmittelfinanzierung, Jörg Haider und Engagement behandelt. Also: Lesen, Videos (*#oehwahlfahrt #oeh15 #hashtag*) schauen und brav wählen gehen!

Viel Spaß beim Lesen!

Eure progress-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen Hochschüler_innenschaft

Ausgabe: 03/2015

Auflage: 120.000 Stück

Erscheinungsmonat: Mai

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: *progress-online.at/seiten/abo-auswahl* (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: *progress@oeh.ac.at*

Chef*innenredaktion: Joël Adami, Olja Alvir, Marlene Brüggemann

Autor*innen dieser Ausgabe: Joël Adami, Olja Alvir, Rosanna Atzara, Julia Beirer, Marlene Brüggemann, Ralph Chan, Atahan Demirel, Eva Grigori, Katharina Gruber, Cornelia Grobner, Klemens Herzog, Marlies Hübner, Katja Krüger, Marie Luise Lehner, Bianca Xenia Mayer, Paula Pfoser, Johanna Rauch, Henna Räsänen, Georg Sattelberger, Sandra Schieder, Anne Schinko, Dorothea Studthoff, Neutralo Unabhängigovits, Patricia Urban, Alisa Vogt.

Cover: Mafalda Rakoš

Dossier: Marlene Brüggemann

Lektorat: Anna Ellmer, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Austria, zero points

Undurchschaubare Vergabe, Probleme bei der Anrechnung, gesunkene Mobilität und imaginäre Workloads – die Bologna-Reform hat versagt. Mitschuld sind die ECTS-Punkte.

„Wie viele ECTS hast du dieses Semester gemacht?“ Diese Frage ist zu einem fixen Bestandteil studentischen Smalltalks avanciert. Je nach Antwort kann ein wohliges Gefühl der Wärme und Selbstzufriedenheit oder aber abgrundtiefe Scham aufkommen. Das „European Credit Transfer and Accumulation System“, besser bekannt als ECTS, weist jedem Lernziel eine bestimmte Anzahl an Credits zu. Es soll sicherstellen, dass die Leistungen von Studierenden an Hochschulen des europäischen Hochschulraums vergleichbar sind.

Offiziell steht ein ECTS-Punkt – zumindest in Österreich – für etwa 25 Stunden Arbeit. Doch wie viele Stunden braucht es, um die einzigartige Ästhetik der Werke Frida Kahlos gebührend zu erfassen? Wann hat man die kritische Theorie und das Wirken der Frankfurter Schule tatsächlich begriffen? Und wie viel Zeit verstreicht, bis das physikalische Phänomen der Zeitdehnung wirklich durchschaut ist? Unmöglich, das allgemein zu definieren? Tja. Über solche Widersprüche setzt sich das ECTS-System hinweg: Wichtig ist es zu zählen, zu messen und zu vergleichen.

Etwa 9.000 Credits vor unserer Zeit, also im Europa des Jahres 1989, wurde die Einführung des ECTS im Rahmen eines EU-Projektes erstmals erprobt. Die Semesterwochenstunden, die nur die Dauer der Lehrveranstaltung gemessen haben, waren damit Geschichte. ECTS-Punkte sollten von nun an – zumindest in der Theorie – den tatsächlichen Arbeitsaufwand der Studierenden messen. Nicht nur das Sitzen in der Vorlesung oder im Seminar ist also relevant, auch Selbststudium, die Vorbereitung von Referaten

und das Büffeln für die Prüfung werden so angeblich eingerechnet.

NOTHING COMPARES TO YOU. In der Praxis bestimmen die Curricularkommissionen über die korrekte Anzahl der ECTS-Punkte – im Idealfall in enger Abstimmung mit den verantwortlichen Lehrenden und den betroffenen Studierenden. Mathias, der lieber anonym bleiben möchte, ist Teil einer solchen Kommission und erzählt, dass es mit den Punkten oft nicht so genau genommen wird: „Als unser Studienplan überarbeitet wurde, wollten natürlich möglichst viele Institute in den Pflichtlehrveranstaltungen vertreten sein. Da geht es dann oft auch um finanzielle Überlegungen. Damit sich die eine Vorlesung für das eine Institut noch ausging, hat man bei der anderen Lehrveranstaltung halt noch einen ECTS-Punkt abgezwickelt. Das Arbeitspensum für die Studierenden blieb aber bei der gekürzten Lehrveranstaltung im Endeffekt gleich. Dem Lehrenden war es wurscht. Der wollte einfach sein Programm durchziehen.“

Im Universitätsgesetz ist festgelegt, dass das Arbeitspensum eines Studienjahres 1.500 Stunden betragen muss. Umgerechnet sollen Studierende also etwa sechs Stunden pro Arbeitstag für das Studium aufwenden, um in Mindeststudiendauer abzuschließen – auch in der vorlesungsfreien Zeit. Diesem jährlichen Idealpensum, das für berufstätige Studierende ohnehin illusorisch ist, werden 60 ECTS-Punkte zugeteilt. Dass 25 Arbeitsstunden für einen Punkt aufgebracht werden müssen, ist aber nicht überall so. Obwohl das System der internationalen Vergleichbarkeit dienen soll, müssen Studierende für den Erwerb eines Leistungspunktes in den 49 Bologna-Staaten unterschied-

lich viele Stunden aufwenden. In Deutschland sind es beispielsweise 30 Stunden, in Portugal oder Dänemark 28 Stunden, in Finnland 27 Stunden, in Estland 26 Stunden und in Österreich oder Spanien nur 25 Stunden. Für ein gleichwertiges Bachelorstudium mit 180 ECTS-Punkten müssen Studierende in Österreich also rein formell 900 Stunden weniger aufbringen als Studierende in Deutschland.

Doch selbst innerhalb Österreichs gibt es trotz formaler Gleichrangigkeit erhebliche Unterschiede in der durchschnittlichen Studiendauer. So brauchen Studierende der Lebensmittel- und Biotechnologie an der Universität für Bodenkultur (BOKU) durchschnittlich 8,3 Semester bis zum Bachelorabschluss, Studierende der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Klagenfurt durchschnittlich 6,1 Semester. Beide Studien werden mit 180 ECTS – also dem selben Zeitaufwand – bewertet. Ein solch eklatanter Unterschied dürfte in der streng genormten ECTS-Welt gar nicht auftreten. Tatsächlich bestehen jedoch zwischen den kalkulierten Zeiteinheiten und den real aufgewendeten Zeiten erhebliche Unterschiede.

Ein einigermaßen absurdes Beispiel liefert die interuniversitäre Wiener Ringvorlesung „Sustainability Challenge“ im aktuellen Sommersemester 2015. Während Studierende der Wirtschaftsuniversität, der Technischen Universität und BOKU nach erfolgreichem Bestehen vier ECTS-Punkte erhalten, dürfen sich Studierende der Universität Wien bei gleichen Anforderungen über zehn Punkte freuen. Der ungerechtfertigte Unterschied entspricht einem Zeitraum, in dem man sich zweimal hintereinander alle 208 Folgen „How I Met Your Mother“ oder dreizehnmal



alle extended Versions der „Herr der Ringe“-Trilogie reinziehen kann.

Beispiele für eine nicht nachvollziehbare Zuteilung von ECTS-Punkten gibt es viele: So berichtet Andreas Thaler, dass er für eine Vorlesung mit drei Punkten insgesamt überhaupt nur eine Stunde aufgewendet habe. Janine, die ihren vollen Namen lieber nicht nennen möchte, beschwert sich, dass ihr für eine Übung mit verpflichtenden Präsenzterminen, Seminararbeit und Referat nur zwei ECTS-Punkte gutgeschrieben wurden. Beide studieren Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der BOKU. Selbst innerhalb der einzelnen Studienrichtungen ist es also mit der Vergleichbarkeit des tatsächlichen Workloads nicht weit her.

BOULEVARD OF BROKEN DREAMS. Brisant wird die durchwegs verschieden interpretierte Vergabe von ECTS-Punkten spätestens, wenn es um den Anspruch auf Familienbeihilfe, Studienbeihilfe und Mitversicherung geht. Denn dazu muss jeweils eine Mindestanzahl an Credits nachgewiesen werden. Für ausländische Studierende geht es beim semesterlichen Punktesammeln gar um die Aufenthaltsgenehmigung in Österreich. Soll diese verlängert werden, müssen 16 ECTS vorgelegt werden. Wird dieses Pensum nicht erreicht, droht die Abschiebung.

Auch Studierende, die ein Doppelstudium betreiben, müssen bei ihrer Semesterplanung mit den ECTS-Punkten jonglieren. Durch zwei Studien kommen sie häufig über die Mindeststudiendauer hinaus und müssen Studiengebühren entrichten. Damit sie für ihr Interesse an zwei Fachgebieten nicht bestraft

werden, refundiert das Wissenschaftsministerium die Gebühren. Vorausgesetzt es werden pro Studium 15 Punkte im Semester absolviert. Ein bürokratisch ohnehin schon aufwendiges Doppelstudium wird durch diese Vorgabe zusätzlich erschwert. Noch-WU-Rektor Christoph Badelt überlegt gar „Prüfungsinaktive“, also Studierende, die unter 16 Punkte im Semester absolvieren, von der Uni zu schmeißen. Angesichts solcher willkürlichen Regelungen, die nur wenig Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse nehmen und deren Nichteinhaltung massiv sanktioniert wird, verwundert eines nicht: In vielen Studierendenforen gibt es dutzende Threads über ECTS-Punkte, die sich möglichst leicht verdienen lassen.

CAN'T GET NO SATISFACTION. Eines der großen Ziele des Bologna-Prozesses war es, die Mobilität der Studierenden zu fördern. Sie sollten es leichter haben, Erfahrungen im Ausland zu sammeln, aber auch im eigenen Land zwischen den Hochschulen zu wechseln. Kehrt man aus dem Auslandssemester in Reykjavík, Zagreb oder Edinburgh an die eigene Uni zurück, sollten die erbrachten Leistungen durch das einheitliche Punktesystem theoretisch ganz einfach an der Heimatuni angerechnet werden. In Wahrheit ziehen jedoch viele nach dem Erasmus-Aufenthalt ein eher nüchternes Resümee. Laut letzter Studierendensozialerhebung haben etwa 26 Prozent der Studierenden Probleme bei der Anrechnung ausländischer Zeugnisse.

Die Mühlen der Uni-Bürokratie hat auch Rita Korunka durchlaufen müssen. Im Zuge ihres Masterstudiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien hat sie 2013 über das Erasmus-Programm ein Semes-

ter in Kopenhagen verbracht. Ganz wie vorgesehen hat Rita ein „Learning Agreement“ abgeschlossen. Darin wird festgehalten, welche Kurse an der Gastuni besucht werden. Außerdem kann man so vereinbaren, welche Kurse zuhause angerechnet werden. „Von den 42 ECTS, die ich in Kopenhagen absolviert habe, wurden mir gerade mal zehn angerechnet“, sagt Rita. Die zuständige Person am Institut habe die Anrechnung verweigert, weil Rita in Kopenhagen für zwei Seminare nur ein „absolviert“ statt einer Note bekommen hat. Ein Sprachkurs, den Rita in Kopenhagen besucht hat und der im Learning Agreement stand, wurde genauso wenig anerkannt. „Das Learning Agreement wird nicht ernst genommen. Im Endeffekt hängt es von den einzelnen Erasmus-BetreuerInnen ab, welche Leistungen du angerechnet bekommst.“

Dass ein Semester im Ausland seine Tücken hat, hat sich anscheinend herumgesprochen. In den hübsch aufgemachten Mobilitätsstatistiken zur viel beschworenen internationalen Mobilität werden die Balken, die die Erasmus-AbenteurerInnen repräsentieren, zwar jedes Jahr höher. Erst auf den zweiten Blick offenbart sich jedoch, dass der relative Anteil – gemessen an der Gesamtstudierendenzahl – seit 2009 wieder rückläufig ist. So bleiben jedes Jahr hunderte Erasmus-Plätze frei.

Konstanze Fliedl, Professorin für Germanistik an der Universität Wien, konstatiert im Aufsatz „Entrüstung in Bolognien: Zur Hochschul- und Studienreform“ (siehe Lesetipp), dass das Vorhaben der gesteigerten Mobilität durch Bologna gescheitert sei. Ganz im Gegenteil zu ihren hochgesteckten Zielen habe die Bologna-Reform durch die straffen Studienpläne und



Foto: Natali Glišić

die Anrechnungsprobleme mehr Mobilitätshindernisse geschaffen.

Doch nicht nur bei der Anrechnung über Grenzen hinweg liegt vieles im Argen. Felix Durstmüller gelang es etwa erst mit Hilfe der Rechtsmeinung einer Juristin, seine Uni von der Rechtmäßigkeit seiner Anrechnung zu „überzeugen“. Die Studienabteilung wollte pauschal eine Lehrveranstaltung nicht anrechnen, weil sie Teil der Studieneingangsphase ist. Warum die Grundlagen der Mikroökonomie an der BOKU anderen Gesetzen folgen sollte als die Einführung in die Volkswirtschaftslehre an der JKU Linz konnte nicht begründet werden. Dabei hatte Felix sogar den Lehrenden auf seiner Seite, der meinte, dass es wohl sinnlos wäre, dasselbe nochmal zu lernen.

Was durch die ECTS-Punkte einfacher und einheitlicher funktionieren soll, entscheiden also erst recht wieder einzelne Hochschulen und verantwortliche Personen nach eigenem Gutdünken.

LOSING MY RELIGION. Doch selbst wenn das System einwandfrei funktionieren würde, wenn sämtlicher Aufwand für die Studierenden punktgenau, individuell und leistungsgerecht abgebildet werden könnte, wenn Anrechnungen so gut funktionieren würden, wie es die Theorie vorsieht, selbst dann bleibt ein massiver Kritikpunkt am ECTS-System. Und zwar jener, der sich gegen die Messbarkeit und Vergleichbarkeit, schlussendlich gegen die Warenförmigkeit von Bildung an sich richtet.

Ungewohnt scharfe Worte kommen dabei von jemandem, der mit dem Bologna-System bestens vertraut

ist. So nennt der ehemalige Wissenschaftsminister und ÖVP-Wissenschaftssprecher Karlheinz Töchterle in einem Gastkommentar in *Die Zeit* die Entwicklungen rund um die ECTS-Punkte einen „Wahnsinn, dem da ganz Europa anheimfällt“. Er spricht von der „Untauglichkeit der Messung“ durch die „Währung“ ECTS-Punkte. „Die einem Thema gewidmete Zeit sagt wenig über den damit verbundenen Studienerfolg aus. Relevant ist der Grad des Könnens und Wissens, aber nicht, wie viel Zeit man dafür verwendet hat“, so Töchterle. Auf Nachfrage von *progress* präsentiert er ein Gegenkonzept: „Was am Ende des Studiums gekannt und gewusst werden soll, wird definiert – der Weg dahin bleibt den Studierenden frei überlassen. Man würde auf ein Großes und Ganzes hin studieren, nicht kleinste Portionen in sich hineinwürgen, um sie dann wieder vergessen zu dürfen.“

„Aber“, so schließt Töchterle gleich im Anschluss an, „das alles ist Utopie und scheint mir völlig unrealistisch, weshalb ich weder als Rektor noch als Minister eine Umsetzung versucht habe. Nicht einmal die Studierenden als Betroffene erwartete ich mir hier als Verbündete. Auch sie wollen eben gerne ‚abhaken‘.“ Er spricht damit ein grundsätzliches Dilemma an, das auch Konstanze Fliedl beschreibt: „Nach einer Phase der geduldig vorgetragenen Einwände oder des ungehaltenen Protests setzt die Resignation ein. Und, vor allem: das Mitmachen. Die Bologna-Reform und zahlreiche Studienreformen haben sich als eine gallertartige Masse herausgestellt, in die wir versunken sind.“

ANOTHER BRICK IN THE WALL. Und in dieser haben sich auch viele Studierende scheinbar zurecht-

gefunden. Das ECTS-System ist zum Werkzeug der Fremd- und Selbstanalyse geworden und das ist in Zeiten der allgegenwärtigen Selbstvermessung, des ständigen Sammelns, Teilens und Vergleichens auch willkommen. Die vermeintlich neutralen Leistungspunkte lassen nicht nur die Studierenden, sondern auch zukünftige ArbeitgeberInnen auf einen Blick erkennen, was ihr Gegenüber schon geleistet hat. Die Employability ist mit Bologna zur Priorität im Hochschulwesen geworden, gekrönt durch die imaginäre „Währung ECTS“.

Das Mitmachen und das wohlige Gefühl in der Masse scheint trotz mancher Kritik von Studierenden, Lehrenden, WissenschaftlerInnen und selbst BildungsexpertInnen zu überwiegen. Ein erster subversiver Akt wäre vielleicht, die Frage „Wie viel ECTS hast du heuer gemacht?“ aus den Köpfen zu streichen und stattdessen zu fragen: „Was habe ich eigentlich gelernt?“

Rosanna Atzara und Klemens Herzog studieren Journalismus und Neue Medien an der FH Wien der Wirtschaftskammer Wien.

Lesetipp:

„Empörung! Besichtigung einer Kulturtechnik. Beiträge aus Literatur- und Sprachwissenschaft“. Herausgegeben von Alexandra Millner, Bernhard Oberreither, Wolfgang Straub. Wien, facultas Verlag, erscheint 2015.

BILDUNG



Leintuchwissenschaft

6.000 Euro für die Masterarbeit, 80.000 Euro für die Dissertation. Vom lukrativen Geschäft mit akademischen Leistungen und der Frage nach authentischer wissenschaftlicher Arbeit.

„Genügend Geld und kein Bock.“ Mit dieser Begründung hat sich eine Mitstudentin mit einer Ghostwritinganfrage an Anna*, eine Studentin aus Innsbruck, gewandt. Anna verfasst Arbeiten für andere Studierende – gegen Bezahlung. „Insgesamt habe ich rund 15 Seminararbeiten für andere Student*innen geschrieben“, sagt Anna. Für sie war es ein guter Nebenverdienst. „Je nachdem wie vertraut ich mit dem Thema war, musste ich mehr oder weniger Zeit für die Recherche investieren und daraus haben sich dann auch die Preise ergeben. Es waren allerdings mindestens 20 Euro pro geschriebener Seite“, sagt Anna. Pro Auftrag kamen rund 300 Euro zusammen.

Angefangen habe alles mit ihrer Mitbewohnerin. „Sie hat gewusst, dass ich mir beim Schreiben leicht tue und mich gefragt, ob ich ihre Seminararbeit verfassen kann“, erzählt Anna. Danach sei alles über Mundpropaganda gelaufen. Die Leute hätten die Studentin per Mail oder Facebook kontaktiert. „Persönlich kannte ich fast niemanden und ein schlechtes Gewissen hatte ich auch nie“, sagt Anna. Anstrengend sei es trotzdem gewesen, denn viele Leute hätten sich erst zwei Tage vor dem Abgabetermin gemeldet. „Bei manchen war die Deadline auch schon verstrichen und dann musste die Arbeit sehr rasch fertig sein“, sagt Anna.

Wie die Arbeiten beurteilt wurden, hat Anna nie erfahren. Sie hatte auch das Gefühl, dass die Studierenden, die die Arbeiten in Auftrag gegeben haben, kein großes Interesse an einem guten Studienerfolg hatten: „Sie wollten einfach, dass es erledigt ist.“ Über die Hintergründe der Student*innen habe Anna nie viele Fragen gestellt. „Ich weiß, dass sich manche nicht im Stande sehen, eine Seminararbeit oder einen Essay zu schreiben. Andere waren einfach zu faul und konnten

es sich leisten, jemanden dafür zu bezahlen“, meint Anna: „Aber die Nachfrage war echt groß.“

MAMI UND PAPI KAUFEN EINEN TITEL. Wie lukrativ das Geschäft ist, weiß auch Thomas Nemet, Leiter einer Ghostwriting-Agentur in Salzburg. „Jedes Jahr haben wir zwischen 150 und 200 Aufträge von österreichischen Student*innen. Viele kommen von der Universität Wien, aber auch Salzburger und Grazer Studierende melden sich“, sagt Nemet. Am gefragtesten seien Arbeiten aus BWL, dann kämen geisteswissenschaftliche Fächer und die Medizin, die sich mit den Rechtswissenschaften den dritten Platz teilen.

Er selbst habe am Ende seines Studiums rund zehn Arbeiten im Rahmen des Unternehmens geschrieben. Angeboten wird alles. Von Proseminararbeiten über Bachelor- und Masterarbeiten bis hin zu Dissertationen und gerichtlichen Gutachten können sich Studierende durchs Studium schummeln und Leistungen kaufen. Zumindest die, die das Geld dafür haben. Denn der Preis ist hoch. „Eine 20-seitige Arbeit mit Literaturrecherche ohne empirischen Teil kostet rund 1.600 Euro. Wir rechnen mit 300 Wörtern pro Seite und eine Seite kostet 80 Euro“, sagt Nemet. Eine Masterarbeit mit Expert*inneninterviews kommt auf eine Rechnung von 5.000 bis 6.000 Euro.

„Nachdem ein erstes Angebot bei uns eingeholt wurde, hören wir schon häufig, dass die Finanzierung zuerst mit den Eltern abgeklärt werden muss. Viele Studierende, die uns kontaktieren, haben einen guten finanziellen Background“, sagt Nemet. Ab einem Auftrag von mindestens 1.000 Euro kann in Raten gezahlt werden. „Dann liefern wir auch die Arbeit in Teilen. Geld gegen Leistung heißt unser Prinzip“, sagt der Unternehmensleiter.

Der Großteil der Auftraggeber*innen sei unter 30 Jahren. „Da sind von der Studienanfängerin mit Versagensängsten bis zum berufstätigen Student, der am Ende seines Studiums steht, alle vertreten“, sagt Nemet. Bevor die Student*innen die Arbeit ausgehändigt bekommen, müssen sie schriftlich versichern, dass sie damit nichts Illegales vorhaben, wie zum Beispiel die Arbeit als ihre eigene auszugeben. Somit ist die Ghostwriting-Agentur rechtlich aus dem Schneider. Auf die Frage, was das für die Wissenschaft bedeutet, wenn sich immer mehr Studierende Arbeiten schreiben lassen, antwortet Nemet: „Eigentlich nichts. Ein Uniabschluss heißt nicht, dass man Manager*in wird. Unsere Kund*innen müssen sich der Wirklichkeit im Berufsleben stellen und zeigen, was sie können.“ Thomas Nemet führt einen Dokortitel, den er sich laut eigenen Angaben selbst erarbeitet hat.

SCHULDGEFÜHLE. „Seminararbeiten zu schreiben ist mir immer leicht gefallen“, sagt Daniel*, ein Student der Geisteswissenschaften an der Universität Innsbruck. Das sei auch der Grund dafür gewesen, dass er oft von Studienkolleg*innen angesprochen wurde, ob er ihre Arbeiten gegen Bezahlung für sie erledigen würde. Meistens habe er abgelehnt, weil er die Faulheit anderer nicht unterstützen wollte. Zweimal hatte er aber zugesagt und die Bachelorarbeiten von Freunden geschrieben. „Zum Freundschaftspreis von 15 Euro pro Stunde habe ich für die erste Arbeit 20 bis 30 Stunden investiert“, sagt Daniel. Die zweite Arbeit ging schneller, denn da sei die Recherche schon erledigt gewesen und Daniel musste sie lediglich in Worte fassen. „Die Person hatte Probleme beim Formulieren und wollte sich auch nicht damit auseinandersetzen. Da war dann schon viel Faulheit dabei und das Geld in diesem Fall auch kein Problem“, behauptet Daniel. Er ist sich sicher, dass er viel



Illustration: Sandra Biondi

Geld mit Ghostwriting verdienen hätte können, aber im Grunde finde er das unververtretbar. „Ich habe das zwei Mal gemacht, um Freunden zu helfen und das waren Ausnahmefälle. Aber Uni-Arbeiten für andere Student*innen zu schreiben, um Geld zu verdienen, das könnte ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren“, so Daniel.

Das schlechte Gewissen plagt auch Petra*. Sie studiert im dritten Semester an einer Fachhochschule und würde sich gern die Bachelorarbeit von jemandem schreiben lassen. „Die Versuchung ist groß, aber dafür bin ich zu ehrlich“, sagt Petra. Kleinere Arbeiten seien da schon weniger ein Problem, denn im vergangenen Semester hat ihr ein Freund eine Seminararbeit geschrieben. „Es war schon ein merkwürdiges Gefühl, als ich die Arbeit abgegeben habe, aber es war für ihn einfach viel weniger Aufwand, als es für mich gewesen wäre.“ Im Gegenzug für seine Arbeit habe sie ihm auch eine Arbeit verfasst. „Der Grund dafür war sicher die Bequemlichkeit. Ich hätte für die Recherche vieles heraussuchen müssen, das er parat hatte“, verteidigt sich Petra. Halbherzig habe sie sich vor der Abgabe noch einmal die Arbeit durchgelesen, um ein paar Formulierungen zu ändern, weil sie „ein bisschen paranoid geworden“ sei. „Ich habe schon irgendwie ein schlechtes Gewissen, weil es mir extrem peinlich wäre, er tappt zu werden, obwohl das ja gar nicht möglich ist“, sagt Petra.

SANKTIONEN. „Sollten die Studierenden während des Studiums erwischt werden, gilt das als klassische Leistungerschleichung“, sagt Manfred Novak vom Institut für Universitätsrecht in Linz. Die Konsequenzen waren in den letzten Jahren relativ milde. Denn es wurde lediglich ein Prüfungsantritt oder ein Abgabetermin gestrichen. Die Arbeit musste also noch

einmal geschrieben werden. Das Bewusstsein, dass sich viele Akademiker*innen ihren Titel nicht ehrlich erarbeiten, sei in den letzten Jahren gestiegen und daher wurde im Jänner eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die zusätzliche Sanktionen erlaubt. „Die Gesetzesnovelle besagt, dass bei Vortäuschen von geistigem Wissen oder schwerwiegendem Plagieren – darunter fällt auch Ghostwriting – von den jeweiligen Universitäten ein Ausschluss vom Studium von bis zu zwei Semestern verhängt werden kann“, sagt Novak. Das schließe alle Arbeiten, die während des Studiums verfasst werden müssen, mit ein. Das seien schon sehr drastische Maßnahmen, erklärt Novak, zumal die zeitliche Verzögerung auch zu einem Verlust von Studienbeihilfe und Stipendien führen könne. „Wenn der akademische Grad bereits geführt wird, dann wird er aberkannt und es droht eine Verwaltungsstrafe von bis zu 15.000 Euro“, erläutert Novak. Laut ihm gibt es insgesamt zwischen 5.000 bis 6.000 gefälschte Doktor*innentitel in Österreich.

„Natürlich ist es sehr schwer den Studierenden nachzuweisen, dass sie die Arbeiten nicht selbst verfasst haben“, sagt Nicole Föger von der Agentur für wissenschaftliche Integrität. Sie stellt sich die Frage, was ein wissenschaftlicher Titel überhaupt noch Wert ist, wenn vermeintliche Leistungen gekauft werden. „Die Karriere beruht dann auf einer oder mehreren Arbeiten, die man nicht selbst geschrieben hat. Das ist Betrug, zumal die Studierenden unterschreiben, dass sie die Arbeiten selbst verfasst haben“, sagt Föger.

Die Gründe, aus denen Studierende eine*n Ghostwriter*in engagieren, seien vielfältig. „Ich denke, dass in manchen Studienrichtungen die Masterarbeiten als nicht so wichtig angesehen werden und die Studierenden nicht das Bewusstsein haben,

dass dies der Abschluss des Studiums ist. Sie wollen es nur schnell hinter sich bringen“, sagt Föger. Sie sieht auch Versagensängste als Motiv. Die Universität Graz versuche dem mit Projekten wie „Die Nacht der unvollendeten Arbeiten“ entgegenzuwirken. „Viele Studierende haben Angst vor dem leeren Blatt. Sie bekommen dort die Gelegenheit, gemeinsam mit anderen Studienkolleg*innen zu schreiben. Außerdem wird auch eine psychische Unterstützung angeboten, um eventuelle Schreibblockaden lösen zu können“, sagt Föger. Die Universitäten würden also das Problem des Ghostwritings erkennen und versuchen, ihm entgegenzuwirken und den Studierenden Unterstützung zu bieten.

„Auch die Agentur für wissenschaftliche Integrität versucht mit Vorträgen im Sinne des guten wissenschaftlichen Arbeitens Bewusstseinsbildung zu betreiben. Dabei sprechen wir auch das Ghostwriting an“, sagt Föger. Das Augenmerk liege darauf, den Studierenden die Bedeutung der Arbeiten nahe zu legen. „Die Abschlussarbeiten sollen nicht als etwas gesehen werden, das halt noch gemacht werden muss. Es kann auch Spaß machen, selbst ein Thema und eine*n Betreuer*in auszuwählen und dann in der schriftlichen Arbeit zu zeigen, was in den letzten Jahren gelernt wurde“, sagt Föger.

Wenn man sich das Ausmaß des Ghostwritings in Österreich ansieht, dürften die Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und die Androhung schärferer Sanktionen noch nicht wirklich im titelverliebten Österreich gegriffen haben.

*Namen von der Redaktion geändert

Julia Beirer studiert Journalismus und Neue Medien an der FH der Wirtschaftskammer Wien.



Fotos: Niko Havranek

Diskonterwissenschaft

Der Anteil der Drittmittel an der Finanzierung von Österreichs Hochschulen ist höher denn je. Auch scheint die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen auf die Wissenschaft heute längst kein Tabu mehr zu sein.

Österreichs Hochschulen ziehen mitunter Gelder aus privaten Töpfen und Fonds zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschung heran – sogenannte Drittmittel. Die Verträge zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden der Öffentlichkeit dabei meist nicht zugänglich gemacht. Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) – die Resorts wurden ja gegen großen Protest der ÖH zusammengelegt – ist angesichts dieser Entwicklungen wenig besorgt. Er sieht die Transparenz bei Drittmitteln als ausreichend und verweist auf die Autonomie der Universitäten hinsichtlich der Ethik-Richtlinien.

EIGENES SÜPPCHEN. Dabei sind Transparenz und Verantwortung an den Universitäten äußerst unterschiedlich geregelt: Die Universität Wien etwa sieht ihre Wissenschaftler_innen alleine für den Inhalt ihrer Vorhaben verantwortlich, bei der Universität Graz hingegen ist jedes durch Drittmittel finanzierte Forschungsprojekt dem Rektorat zu melden. An den Fachhochschulen gibt es wiederum völlig andere Regeln. Da diese nach Privatrecht agieren, besteht auch keine Auskunftspflicht.

„In Bezug auf Drittmittel fordern wir eine ausgeglichene Finanzierung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Wenn Firmen oder andere Vertreter_innen der Wirtschaft also in angewandte Forschung investieren, sollen zehn Prozent zusätzlich entrichtet werden. Drei Prozent sollen dann an die Hochschulen gehen und sieben Prozent an Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – die Forschungsförderungsgesellschaft (FFG

und dem Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF). Damit kann dann auch die Grundlagenforschung aktiv gefördert werden“, sagt dazu Florian Kraushofer vom Vorstand der Österreichischen Hochschüler_innenschaft.

Weitere Kritikpunkte bezüglich der Drittmittelfinanzierung an den Universitäten: Die Einflussnahme des Privatsektors auf die Forschung und auf die Veröffentlichung oder Geheimhaltung bestimmter Ergebnisse, die Förderung von mono- anstatt multidisziplinären Studien und eine strukturelle Benachteiligung bestimmter Studienfächer. Für viele Forscher_innen sind Drittmittel allerdings die einzige Möglichkeit, überhaupt forschen zu können – ein Resultat der besorgniserregenden Unterfinanzierung der Hochschulen.

Besonders wenn es um internationale Vergleichbarkeit geht, hängt viel von Drittmitteln ab. Für Jonathan Mittermair, Pressesprecher der Johannes Kepler Universität Linz, sind sie sogar Qualitätsmerkmal. „Mittelnwerbende Forscherinnen und Forscher stellen sich einem Wettbewerb und in fast allen Förderprogrammen werden diese Anträge auch mit internationaler Fachexpertise evaluiert.“ 2014 lukrierte die JKU 35,7 Millionen Euro an Drittmitteln, wovon etwas mehr als die Hälfte von den österreichischen Forschungsfördergebern kam. Dieser Weg soll auch in Zukunft forciert werden. Aber die JKU will die Auftragsforschung in Grenzen halten. „Der Staat wird weiterhin der Hauptfinanzier der Universitäten bleiben und ihre Unabhängigkeit dadurch gesichert sein“, so Mittermair.

Die Entwicklung deutet aber in eine andere Richtung.

PRIVAT STATT STAAT. Der Anteil an Drittmittelfinanzierung hat sich in den letzten Jahren rapide erhöht: Laut dem Universitätsbericht von 2014 betragen die Drittmiteleinnahmen an den österreichischen Universitäten im Jahr 2007 etwas über 400 Millionen Euro, 2013 sind diese um über 47 Prozent gestiegen auf knapp 600 Millionen Euro. Das liegt vor allem daran, dass das Einholen von Drittmitteln vom Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsministerium belohnt wird: Von 2013 bis 2016 gibt es für jene Hochschulen Extra-Geld, denen es gelingt, erfolgreich Drittmittel zu beschaffen. Dafür stehen aus dem sogenannten Hochschulraumstrukturmitteltopf neun Millionen Euro zur Verfügung, von denen im vergangenen Jahr 4,5 Millionen anteilmäßig verteilt wurden. In diesem Jahr folgt dann die andere Hälfte. Weitere 20 Millionen Euro wird das Ministerium bis 2015 in eine „bessere Verwertung von Forschungsergebnissen“ investieren.

Mitterlehner hat im Februar dieses Jahres zusätzlich einen Forschungsaktionsplan vorgestellt, der die Finanzierung der Forschung durch Private weiter erleichtern soll. Künftig sollen gemeinnützige Stiftungen ähnlich wie Vereine gegründet werden können und ihre Spenden steuerlich absetzbar sein. Die Drittmittelfinanzierung durch Unternehmen und Private machte im Jahr 2013 bereits mehr als fünf Prozent des gesamten Universitätsbudgets aus. Neben dem Wissenschaftsfonds und der Europäischen Union gehören private Geldgeber_innen wie Dietrich Mate-

schitz (70 Millionen Euro für die Medizinische Privatuniversität Salzburg), das US-Verteidigungsministerium (knapp neun Millionen für diverse Hochschulen und die Akademie der Wissenschaften) und auch Frank Stronach (500.000 Euro für die Universitäten Graz, Linz und Innsbruck) zu den primären Finanziers.

ÖSTERREICHWATCH. Auch der Campus der neuen Wirtschaftsuniversität ist gesäumt von bekannten Firmennamen: Ein OMV-Bibliothekszentrum, Hörsäle von Red Bull oder Siemens und ein Raiffeisen-Sprachlernzentrum. Das sind längst nicht alle Unternehmen, deren Geld und Einfluss in die Mauern des Unikomplexes geflossen sind. Universitäten präsentieren sich als attraktive Investitionsmöglichkeit für Unternehmen und werben für Sponsoring und Fundraising auf ihren Webseiten.

In Deutschland gibt es seit 2013 die Transparenzinitiative *hochschulwatch.de*, die über 10.000 Kooperationen zwischen Wirtschaft und Universitäten gesammelt hat und diese Liste online zur Verfügung stellt. Ziel dieser Plattform ist es, Transparenz in der Wissenschaft zu schaffen. Auch in Österreich ist ein solches Projekt vielleicht bald möglich. „Ein Vertreter von Hochschulwatch war im März in Österreich und hat sich mit Vertreter_innen von Transparency Österreich und der ÖH getroffen. Ob und wenn ja, welche Kooperation sich hier ergeben wird, ist aber noch offen“, sagt Florian Kraushofer.

Anne Schinko studiert Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Wien.



Politik, die wirkt?

Im ÖH-Wahlkampf wird viel versprochen und gefordert – doch nur wenige Forderungen wird die ÖH selbst umsetzen können. Wie viel Einfluss hat die ÖH und wo sind ihre Grenzen?

Leistbares Wohnen, günstige Mobilitätsangebote, mehr Freiräume für Studierende – die Forderungen der Fraktionen, die zur ÖH-Wahl antreten, beschränken sich nicht nur auf das unmittelbare Umfeld der Hochschule, sondern beziehen sich oft gleich auf das ganze Studierendenleben. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) hat ein allgemeinpolitisches Mandat, was grundsätzlich auch nicht-bildungspolitische Forderungen absolut legitim macht. Das ist in anderen Ländern oft anders, so zum Beispiel in Deutschland, wo es Studierendenvertretungen teilweise sogar gesetzlich verboten ist, solche Interessen zu artikulieren. Die ÖH wird dennoch auch nach dem 21. Mai nicht im Alleingang Mieten senken oder billige Öffis anbieten können.

ÖH GEGEN TUBERKULOSE. Als die ÖH 1945 gegründet wurde, waren Wohnungsnot und die soziale und gesundheitliche Lage von Studierenden die brennendsten Themen. So wurden in den 1940ern und 1950ern ein Heim gebaut und eine Tuberkulose-Vorsorge eingerichtet, die später zu einer allgemeinen Krankenversicherung ausgebaut wurde. Obwohl die ÖH damals unter konservativer Führung war, organisierte sie Demonstrationen, zum Beispiel gegen Erhöhungen der Studien- und Prüfungsgebühren. „Einmal sollten ja die Gebühren empfindlich erhöht werden – und zwar um 30 Prozent. Wir sind dann rebellisch geworden und haben 1952 einen Sitzstreik am Ring organisiert. Mit Erfolg: Die Gebühren wurden nur geringfügig erhöht. Wenn es uns zu dumm geworden ist, haben wir immer gesagt, dann gehen wir wieder auf den Ring“, erzählte Günther Wiesinger, von 1952 bis 1954 Vorsitzender des Zentralausschusses (so hieß damals die ÖH-Bundesvertretung), in der Broschüre zum 60. Geburtstag der Österreichischen Hochschüler_innenschaft.

In den 1960ern führten gesellschaftspolitische Debatten über Professor_innen mit Nazi-Vergangenheit zu heftigen Protesten und zu einer Demonstration, die ein Todesopfer forderte: Ernst Kirchwegger wurde von einem rechtsradikalen Burschenschaftler erschlagen. Die ÖH erwies sich in der Debatte um die nicht

sehr gründlich durchgeführte Entnazifizierung als Vorreiterin. In den 1970ern begleitete sie bedeutende Reformen wie die Einführung des Wissenschaftsministeriums, in den 1980ern wurde der Protest gegen das Wasserkraftwerk in der Hainburger Au von der ÖH getragen, obwohl sie bis in die Mitte der 1990er Jahre konservativ geführt wurde.

ERFOLGE IN DER DUNKELKAMMER. Und wie sieht es heute aus? „Ein riesengroßer Erfolg waren sicherlich das neue Hochschüler_innenschaftsgesetz und die entsprechende Wahlordnung“, erklärt Viktoria Spielmann vom Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung. Nun sind auch Studierenden an Privatunis Mitglied der ÖH und können aktives und passives Wahlrecht ausüben, die Direktwahl der Bundesvertretung wurde wieder eingeführt – alles Bestimmungen, die die ÖH direkt mit dem zuständigen Wissenschaftsministerium ausgehandelt hat. Es ist aber bei weitem nicht das einzige Gesetz, bei dem die ÖH ihre Finger mit im Spiel hatte: „Auch das Studienförderungsgesetz und die letzte Novelle des Universitätsgesetzes haben wir mitverhandelt“, erläutert Spielmann: „Außerdem fungieren wir als Expert_innen in den Arbeitsgruppen der Hochschulkonferenz und beeinflussen so Bestimmungen, die in Gesetzen und Satzungen der Universitäten einfließen.“ Ein großer Teil der bildungspolitischen Arbeit passiert also in Verhandlungen und Arbeitsgruppen, ohne dass davon viel an die Öffentlichkeit gelangt.

„Wenn die ÖH für das Prinzip eines offenen Hochschulzugangs einsteht, dann gibt es kein Kasterl mit ‚erreicht‘, das man abhaken kann, sondern dann ist das ein kontinuierlicher Prozess“, sagt Martin Schott, der von 2011 bis 2013 im Vorsitzteam der Bundesvertretung aktiv war und zuvor an der Spitze der ÖH BOKU saß. Er denkt, dass die ÖH viel erreichen kann, vor allem in einem spezifischen Spektrum: „Die Stärke der ÖH liegt im Hochschulbereich, da kann sie auf allen Ebenen etwas erreichen, von der Bundes- bis hin zu den Studienvertretungen. Auch die Änderung eines Studienplans ist ein politischer Akt, der große Erleichterungen für Studierende mit sich bringen kann.“ Die

unterste Ebene der ÖH, die Studienvertretungen, die in einigen Studiengängen selbstverwaltet als Fachschaften oder Basisgruppen organisiert sind, wirkt im unmittelbaren Umfeld von Studierenden. Ob studentische Interessen bei der Erstellung von Studienplänen, der Habilitation von Lehrenden und der Berufung von Professor_innen berücksichtigt werden, hängt davon ab, wie gut die Studienvertretungen arbeiten und wie sehr sie es schaffen, Lehrende von ihren Ideen zu überzeugen. Allerdings kann auch die beste Studienvertretung nicht mehr Seminarplätze erstreiten, wenn dafür beim Institut kein Geld vorhanden ist.

PROGRESSIVE GEGENSPIELERIN. „Ich hatte das Gefühl, auf der Ebene der Universitätsvertretung war es nicht unbedingt leichter, Dinge umzusetzen, aber es ging schneller. Da der Wirkungsbereich einer Uni kleiner ist, ist der Handlungsspielraum größer. Bis eine Idee der Bundesvertretung in ein Gesetz einfließen kann, dauert es länger und die politische Großwetterlage spielt immer eine Rolle“, so Schott über die Unterschiede zwischen Universitäts- und Bundesvertretung.

Kann die ÖH Mietsenkungen und billige Öffis durchsetzen? „Die Grenzen von dem, was wir erreichen können, sind da, wo die Regierung nicht will“, sagt Viktoria Spielmann: „Ich sehe die ÖH als progressive Gegenspielerin zur Regierung. Natürlich wird nicht immer alles so laufen, wie wir es uns wünschen, aber wir können den Fokus auf gewisse Themen legen und den Diskurs so mitbestimmen.“

Die ÖH wird – um ein Beispiel zu nennen, das sich in den Wahlprogrammen beinahe aller Fraktionen wiederfindet – die Hochschulen nicht ausfinanzieren können, aber sie wird den Diskurs darüber, wie Hochschulbildung finanziert werden soll, maßgeblich mitgestalten können. Bei stärkerer Wahlbeteiligung sogar mit mehr Nachdruck. Na, da lohnt sich der Weg ins Wahllokal doch.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.



50 Jahre alte Forderungen

2015 kandidieren Drittstaatsangehörige erstmals bei der ÖH-Wahl. *progress* nimmt dies zum Anlass, einen Blick zurück auf die Studienbedingungen afroasiatischer Student_innen der 1960er zu werfen.

Bei der ÖH-Wahl im Mai gibt es zum ersten Mal das passive Wahlrecht für Drittstaatsangehörige: Studierende ohne EWR-Mitgliedsstaat-Pass können nun nicht mehr nur ihre Stimme abgeben, sie können sich auch als Kandidat_innen aufstellen lassen. Während ihnen das trotz ÖH-Beitragszahlungen bislang gesetzlich verwehrt wurde, findet jetzt ein wichtiger Schritt zur weiteren Demokratisierung der Hochschulen statt: gleiches Wahlrecht für alle.

So weit (nunmehr, endlich!), so gut. Umgesetzt wurde damit eine Forderung, die mehr als 50 Jahre alt ist. Auf unipolitischer Ebene hat der Verband sozialistischer Studierender Österreichs (VSStÖ) die Regelung Anfang der 1970er in Frage gestellt – er scheiterte allerdings an der damals benötigten Verfassungsänderung. Kritik am Wahlrecht wurde aber schon einige Jahre zuvor durch Studierende aus afrikanischen Ländern vorgebracht: Die Zeitschrift der österreichischen Pan-Afrikanischen Studierendenvertretung *Africa Today* berichtete 1964 klar und eindrücklich von „ernsthaften Verletzungen unserer Rechte als Studierende“ („serious infringements on our rights as students.“) Als dringlichste Forderung nannte das Blatt das aktive Wahlrecht, also die Möglichkeit, wählen zu gehen, was erst mit dem Hochschülerschaftsgesetz 1973 eingeführt werden sollte. Zugleich empörte sich *Africa Today* über die Praxis der ÖH, grundsätzlich ungleich zu behandeln: Nicht einmal zu internen Treffen wurde der afrikanische Student_innenvertreter – seinerzeit Vizepräsident der Vertretung ausländischer Student_innen – eingeladen. Die Beteiligung wurde schlichtweg verweigert.

GAST IM GETTO. Ein anderer Artikel gibt ausführlicher Einblick in die hegemonialen Diskurse und die Bedingungen von damals: Der Achtseiter „Der Gast im Getto?“ vom 1. März 1965 in der Zeitschrift

Wirtschaftshorizont, in dem afroasiatische Studierende ebenso kritisierten, dass sie „in der Hochschülerschaft nichts mitzureden haben“. Direkte Reaktionen der ÖH waren dazu nicht zu finden, eine Wortmeldung des (konservativen) Vorsitzenden Heinzpeter Thiel verdeutlicht aber die damalige ÖH-Positionierung: „Als Standesvertretung der österreichischen Hochschulmänner müssen wir doch der Auffassung sein, dass es nicht angeht, dass wir eine derartig große Anzahl an ausländischen Studierenden aufnehmen“, so Thiel 1965 in einem ORF-Interview. Geführt wurde das Gespräch wegen mangelnder Kapazitäten der Unis. Thiel forderte aber nicht den Ausbau des Uni-Budgets, der Infrastruktur oder der Lehre, sondern sprach sich stattdessen gegen Bildungsmigrant_innen aus. Die Hochschulmänner_innenschaft, so zeigt das Statement auf, verstand sich nur als Vertreterin der Mehrheitsösterreicher_innen. Zwei Jahre später stellte der VSStÖ erstmals Überlegungen zum verbandsinternen Wahlrecht für ausländische Studierende an. Sigrid Nitsch zufolge, die die Geschichte des VSStÖ aufgearbeitet hat, geben die Akten aber lediglich „einige Hinweise darauf [...], dass die damalige Verbandsführung [durch das] Wahlrecht für ausländische Verbandsmitglieder versuchte ihre Macht abzusichern“.

Im besagten Artikel des Wirtschaftshorizontes war ebenfalls das zyklisch wiederkehrende Thema des „katastrophalen“ Platzmangels an den österreichischen Universitäten Anlass für die journalistische Aufmerksamkeit für afroasiatische Studierende. In den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs zwischen 1955 und 1965 hatte sich die Gesamtstudent_innenzahl mehr als verdoppelt, und auch Studierende aus Afrika und Asien waren – vor dem Hintergrund der Dekolonisation und der Frage nach Einflussphären im Kalten Krieg – ein Stück weit mehr geworden: Nicht zuletzt weil sich Österreich aufgrund der

Chance auf neue Wirtschaftsbeziehungen sowie neokoloniale und (antikommunistische) weltanschauliche Einflussnahme vermehrt für die postkolonialen afrikanischen und asiatischen Staaten interessierte, nahm man sich ab Ende der 1950er mit einem gewissen Engagement der afroasiatischen Studierenden an und unterstützte sie teils durch Stipendien. Geht es nach dem medialen Diskurs, so blieb dieses Engagement aber stets ambivalent. Die Anzahl der Student_innen aus Asien und Afrika war um einen vergleichsweise minimalen Anteil gestiegen, die fehlenden Kapazitäten an der Uni wurden dennoch – vermutlich weil sie ein ungewohntes Bild darstellten – über *People of Colour* verhandelt: Sie, diese lächerlich kleine Gruppe an Studierenden (5,7 Prozent), würden die Situation verschärfen.

RASSENTRENNUNG. Anlässlich dessen führte der Wirtschaftshorizont auch eine in den Ergebnissen aufschlussreiche und an manchen Stellen haarsträubende Umfrage unter mehr als 100 österreichischen Student_innen durch. „Soll sich der österreichische Staat bemühen, noch mehr Studenten aus den Entwicklungsländern an unsere Hochschulen zu bringen?“ 79 Prozent antworteten mit Nein. 53 Prozent gaben außerdem an, dass die Schwierigkeiten der afroasiatischen Studierenden bei ihnen selbst zu suchen seien, und: 39 Prozent der mehrheitsösterreichischen Studierenden sprachen sich für die „Rassentrennung à la Südafrika“ aus.

Die Umfrage eröffnet einen Blick auf den rassistischen Diskurs um 1965 im Uniumfeld – also erschütternderweise jenem der Generation des Postnationalsozialismus. Gerade die große Anzahl der Apartheitsbefürworter_innen wiegt in Anbetracht der breiten, internationalen Verurteilung des Apartheits-Regimes ab 1960 schwer. Rassistische Annahmen und Rassismus legitimierende Aussagen



Foto: Viktor Dobai

zeigen sich aber auch im Umgang mit den Prozentzahlen. Die Kommentare des namentlich nicht genannten Redakteurs bleiben trotz Kritik meist abwägend oder verharmlosend: Die hohe Ablehnung sei vor allem auf „realistische Überlegungen“ zurückzuführen – eben wegen der „Überfüllung der Universitäten“. Auch an dieser Stelle erscheint das als schiefe Logik. Studierende, die sich für „Rassentrennung“ aussprechen, seien zudem, so der Wirtschaftshorizont weiter, nicht unbedingt „Rassenfanatiker“. Es könne sein, dass jemand „aus den verschiedensten Überlegungen eine solcherartige Maßnahme“ begrüßen würde – eine Bemerkung, die letztlich der Diskriminierung entlang der Hautfarbe Plausibilität zuspricht.

PRÄPOTENT. Nicht nur diese Umfrage ist in dem Artikel abgedruckt, auch afrikanische und asiatische Student_innen kommen zu Wort und geben darüber Aufschluss, wie schwierig es für Menschen nicht-weißer Hautfarbe im Österreich der 1960er gewesen ist. Ihre Statements erzählen von dem strukturellen, spezifisch zeitgenössischen Rassismus, mit dem sie im Alltag, in den Medien und bei der Wohnungssuche konfrontiert waren: Die meisten Studierenden aus Afrika und Asien fanden in den Studiheimen keinen Platz. Am privaten Wohnungsmarkt waren sie oft mit „keine Orientalen“-Aushängen oder horrenden Zimmerpreisen konfrontiert – dass jemand nicht weiß war, musste er/sie oft mit einem zehnfachen Mietpreisaufschlag bezahlen. Die interviewten afroasiatischen Studierenden äußerten weiters Kritik an den österreichischen Studierenden – sie seien zurückhaltend und wenig gastfreundlich – und brachten zum Ausdruck, dass die Österreicher_innen paternalistisch und präpotent in Erscheinung traten. Die Arbeiter_innenschaft sei da wesentlich solidarischer gewesen. Schwarze Studierende bekamen es außerdem in der Straßenbahn zu spüren,

wenn die Zeitungen von einem Massaker aus dem Kongo-Krieg berichteten.

Der Interviewteil mit Afrikaner_innen und Asiat_innen ist zugleich nicht sehr lang, in indirekter Rede verfasst und eingebettet in die Kommentare des Autors, der auch dort die Aussagen der Studierenden relativiert und die österreichische Seite in Schutz nimmt. Diskriminierungen legitimiert er etwa mit der (inzwischen oft widerlegten Annahme der) fehlenden kolonialen Involvierung Österreichs: „Ist die unkolonialistische Vergangenheit rein politisch von Vorteil, so bedingt dies andererseits eine geringe Aufgeschlossenheit des Österreichers gegenüber dem exotischen Äußeren der Asiaten und Afrikaner: Die große Welt mit ihrem unendlichen Horizont ist ihm einfach zu neu.“ Eine solche, damals wiederholt geäußerte Argumentation, die den Entwurf eines moralisch zwar überlegenen, jedoch hermetisch abgeschlossenen und unbedarften Österreichs zu erkennen gibt, ermöglichte es, rassistische Stereotype als harmlos zu beschreiben: Dahinter läge, so die Erklärung, nur Weltferne, und Stereotype seien aufgrund der „Exotik“ ja nur allzu verständlich.

Diese medialen Diskurse geben einen Einblick in eine Zeit, in der sich Österreich um die Präsenz afroasiatischer Studierender viel stärker bemühte als heute. Der strukturelle Rassismus wurde allerdings – trotz der Einmahnung eines guten Umgangs mit migrantischen Studierenden, schlug dieser ja die zukünftige wirtschaftliche Brücke zwischen Österreich und ihren Herkunftsländern – weder von Medien, die sich nach 1945 eigentlich der Demokratisierung und Aufklärung verschrieben hatten, noch von der ÖH deutlich kritisiert oder gar bekämpft.

Nun steigt die Zahl der Bildungsmigrant_innen aus Afrika (2013/14: 1.235) und Asien (10.582) in

Österreich zwar wieder, die Bedingungen dürften sich indes vermutlich nicht grundlegend verändert haben. Eines ist allerdings sicher anders: 2011 gab es einen Stipendienstopp. Für Mariam Mamian Diakité von der 2012 gegründeten Vereinigung afrikanischer Studenten (VAS) ist die heutige staatliche Unterstützung zu wenig: „Österreich muss verstehen, dass es nicht nur in unserem Interesse ist, hier zu studieren.“ Stipendien würden nicht nur die gewünschte Internationalisierung stärken, sondern nach wie vor auch wirtschaftliche Vorteile bieten. Die Situation vieler sei prekär, selbst wenn nicht alle Studiengebühren zahlen – Ausnahmen gibt es etwa bei gewissen Aufenthaltsstadien oder bei einer Herkunft aus Ländern, die als „am wenigsten entwickelt“ definiert werden. Man darf kaum arbeiten, zwischen zehn und 20 Stunden pro Woche sind möglich, je nachdem, ob man im Bachelor- oder Masterstudium ist. Die Unibürokratie und die Koppelung der Visa an den schnellen Studienerfolg stellen weitere schwierige Hürden dar. Die Probleme bei der Zimmersuche versucht die VAS mit einem Unterbringungsangebot auszugleichen, sie bietet außerdem Kurse an.

Bei der diesjährigen Wahl der Bundesvertretung gibt es wenige Spitzenkandidat_innen aus Drittstaaten. Zumindest rechtlich hat sich aber etwas geändert. In den kommenden Jahren könnte das dazu führen, dass das inzwischen stärkere antirassistische Bekenntnis der ÖH – nicht zuletzt symbolpolitisch – noch einmal kräftiger wird.

Paula Pfoser hat Kunst- und Kulturwissenschaften an der Universität Wien studiert und ist Redakteurin bei MALMOE.



Foto: de.wikipedia.org



Foto: mdw-Martin Moravec



Foto: new design university



Foto: Archiv

KEIN VERGÜNSTIGTES ÖFFI-TICKET

Die Ausweitung des „TOP-Jugendtickets“ auf Studierende bleibt aus, wie Familienministerin Karmasin bekannt gab. Das derzeit nur für SchülerInnen und Lehrlinge auf etwa 19€ vergünstigte Ticket wird durch den Familienlastenausgleichsfond (FLAF) mitfinanziert und dieser bietet „keinen weiteren Spielraum für Leistungsausweitungen“. Die Einführung des leistbaren Tickets wurde 2013 in das Regierungsprogramm aufgenommen, weshalb die ÖH-Bundesvertretung nun protestiert und die Regierung auffordert, weiter an den Plänen zu arbeiten.

INTERMEZZO AN DER MDW

Der Uni-Rat der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw) wählte erstmals eine Frau zur zukünftigen Rektorin. So wird Regula Rapp, derzeitige Leiterin der Musikhochschule Stuttgart, mit Herbst 2015 in das Amt bestellt. Damit wären sieben von 22 Spitzen österreichischer Universitäten von Frauen besetzt. Innerhalb der mdw sorgt die Wahl aber für Wirbel: So trat Vizerektorin Ulrike Sych, die vom Uni-Senat als bevorzugte Kandidatin vorgeschlagen worden war, nach dem Wahlergebnis von ihrem Amt zurück. Der Senat kritisierte, dass die geäußerte Präferenz übergangen worden sei, und kündigte sogar an, gegen die Entscheidung vorzugehen.

BACHELOR OF BIG DATA

Auf Zeiten des wachsenden Datenvolumens und zunehmender Digitalisierung reagiert die New Design University St. Pölten (NDU) mit dem neuen Bachelorstudiengang „Information Science & Big Data Analytics“. Das ab Herbst 2015 anlaufende Fachverspricht eine umfangreiche Ausbildung in Informatik mit Fokus auf den Umgang mit großen Datenmengen und soll somit breite Karrieremöglichkeiten in den Informationstechnologien der Zukunft bieten. Die Privatuni wirbt mit neuesten Technologien, Business Intelligence und Data Mining, die den AbsolventInnen den Schlüssel zur Optimierung von Unternehmensprozessen des 21. Jahrhunderts garantieren sollen. Die Online-Anmeldung ist bereits möglich.

EINSICHT IST PFLICHT

Der Verwaltungsgerichtshof revidierte die Entscheidung der Universität Graz, einem Teilnehmer der Aufnahmeprüfung Psychologie im Herbst 2011 die Einsicht in seine Ergebnisse zu verweigern. Nun gab der VwGH bekannt, dass Studierenden das Recht auf Einsichtnahme in allen Auswahlverfahren, das auch für Prüfungen während des Studiums gilt, zusteht. Die ÖH freut sich über diesen Schritt, der den Einsatz für die Rechte der Studierenden und gegen „sture Bürokratie und intransparentes Vorgehen“ bestärkt.

Alisa Vogt studiert Psychologie und Germanistik an der Universität Wien.

fad, aber wichtig



Das Einmaldrei der Demokratie

Wenn du zwischen 19. und 21. Mai in dein ÖH-Wahllokal (wo das dann ist, kannst du unter wahl.oeh.ac.at/wo-wahlen herausfinden) gehst, bekommst du dort gleich drei Stimmzettel. Auf dem ersten machst du ein Kreuzerl für deine Studienrichtungsververtretung. Damit wählst du die Menschen, von denen du denkst, dass sie deine Studienrichtung am besten gegenüber der

Hochschulbürokratie vertreten können. Der zweite Zettel ist für die Hochschulvertretung: Hier kandidieren verschiedene Listen bzw. Fraktionen, die die Studis deiner ganzen Hochschule repräsentieren. Nicht alle Fraktionen sind überall vertreten, die Auswahl kann also unterschiedlich sein. Auf dem dritten Zettel machst du deine Wahl für die ÖH-Bundesvertretung bekannt. Damit ist das

Studierendenparlament gemeint, das bundesweit für alle Studierenden Österreichs steht und etwa Entscheidungen über großflächige Projekte trifft, mit den zuständigen Ministerien verhandelt sowie Gesetzesvorschläge kommentiert. Hier kannst du heuer zwischen AG, FLÖ, FEST, GRAS, VSStÖ, JUNOS, KSV-LiLi, KSV, RFS, Stulife und Die Liste wählen. (OA)

direkt statt undurchsichtig

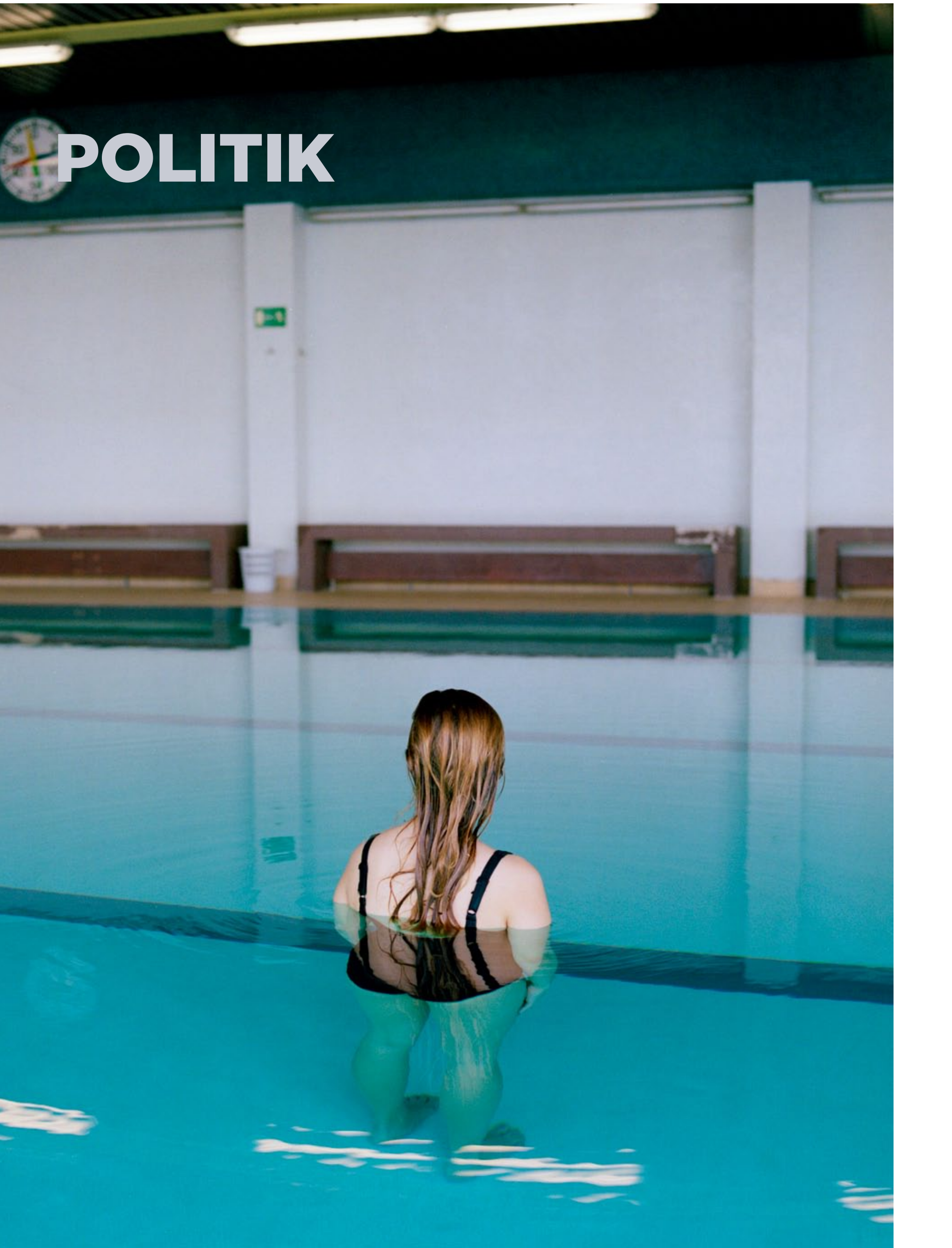
Eine ganz wichtige Neuerung bei dieser ÖH-Wahl: Zum ersten Mal seit 2005 kannst du deine Vertretung wieder direkt wählen. Damals war die Direktwahl mit Stimmen der ÖVP und FPÖ unter großem Protest der ÖH-Bundesvertretung abgeschafft worden. Mit dem neuen Hochschulgesetz ist aber nun eine demokratischere Wahl gesichert. Jetzt zählen

wieder alle Stimmen gleich viel und FH- und PH-Mandatar*innen werden nicht mehr intransparent von Hochschulen beschickt, sondern von dir direkt bestimmt. Diese Änderung im Wahlrecht macht die heurige Wahl besonders interessant, weil der veränderte Wahlmodus für Überraschungen beim Wahlergebnis sorgen könnte. Für weitere

Spannung sorgen Neuzugänge in der ÖH und damit erstmals Wahlberechtigte wie die Studis der Privatuniversitäten Österreichs. Die Stärkung und flächendeckende Einrichtung von Vertretungen an FHs und PHs sowie das neue Passivwahlrecht für Auslandsstudis könnten ebenfalls für Wandel in der ÖH sorgen. (OA)



POLITIK



Verteidigung gegen die dunklen Künste

Was denkt eigentlich der zuständige Minister über die ÖH-Wahl? Wir haben bei Reinhold „Django“ Mitterlehner nachgefragt, was er von Koalitionspoker, Direktwahl und mehr Mitspracherechten hält.

progress: Haben Sie ein Lieblingsplakat oder ein Lieblingsanliegen bei der ÖH-Wahl?

Reinhold Mitterlehner: Vielleicht nicht das Lieblingsplakat, aber diskutieren könnte man über ein rosa-rotes, wo draufsteht: „zu viele Ideen für ein Plakat“. Das erinnert mich ein wenig an die allgemeine Politik. Mein Lieblingsanliegen bei der ÖH-Wahl bezieht sich auf die Beteiligung. Ich hoffe, dass möglichst Viele von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und dass wir mit dem neuen Wahlrecht auch wieder attraktive direktdemokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten haben.

Sind Sie vor der ÖH-Wahl gespannt, welche Koalition sich bildet? Oder ist im Ministerium sowieso business as usual, egal was die Studis sich da zusammenreimen?

Ja und Nein. Zu viel öffentliche Auseinandersetzung und Streiterei würde auch dem Ansehen der Körperschaft nicht gut tun. Ansonsten nehmen wir die jeweilige konkrete Zusammensetzung als Gegebenheit. Die letzte Konstellation hat schon gezeigt, dass es trotz vorheriger Vorbehalte und unterschiedlicher Auffassungen eine konstruktive sachliche Zusammenarbeit geben kann.

Sie sind in der ÖVP. Die ÖVP-Vorfeldorganisation Aktionsgemeinschaft „gewinnt“ meist die ÖH-Wahlen, ist aber seit 1995 nicht mehr in der Exekutive gewesen. Ist das demokratiepolitisch bedenklich?

Erstens einmal ist die Aktionsgemeinschaft keine Vorfeldorganisation, steht uns aber inhaltlich in vielen Punkten erfreulicherweise sehr nahe. Ich wünsche der AG viel Erfolg. Wenn der Erfolg da ist, dann sollte man auch an der Umsetzung beteiligt sein. Das ist durchaus ein demokratiepolitischer Anspruch, wenn sich verhandlungstechnisch etwas anderes ergibt, dann muss man aber auch das respektieren.

Auch heuer im Wahlkampf gibt es die Forderung, die ÖH solle weniger (Gesellschafts-)Politik betreiben und mehr Service anbieten. Soll die ÖH eine Beratungsstelle werden?

Die ÖH ist beides. Die gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden, aber vor Ort auch direkter Ansprechpartner, was Service betrifft. Wichtig wird sein, eine entsprechende Balance zu finden. Wer da die richtige Schwerpunktsetzung anbietet, das müssen die Studierenden dann selbst entscheiden.

Struktur, Aufgaben und Bedeutung der ÖH scheinen bei den Wähler_innen und vielleicht auch Politiker_innen noch nicht so wirklich angekommen zu sein. Seltsam, bei einer Organisation, die es länger gibt als ein freies Österreich. Wie kann das sein?

Ein Problem war sicher die unübersichtliche Struktur der Bundesvertretung, mit 100 Mitgliedern. Daher haben wir jetzt die Größe der Bundesvertretung auf 55 Personen verkleinert, dafür werden alle Mitglieder direkt durch die Studierenden gewählt. Je nach Hochschule wird die Qualität der ÖH von den Studierenden unterschiedlich wahrgenommen und bewertet. Grundsätzlich sollte man gerade auf Instituts- und Universitäts-ebene von der Beratung und den Serviceeinrichtungen der ÖH profitieren. Wenn diese Leistungen zu wenig bemerkt werden, sind die örtlichen Vertretungen gefordert, entweder aktiver zu werden oder ihre Leistungen besser sichtbar zu machen.

Die ÖH wird alle zwei Jahre neu gewählt – im Endeffekt bedeutet das, dass sie vielleicht ein Jahr effektiv arbeiten kann. Ist die Amtsperiode zu kurz?

Ich glaube, man kann damit leben. Man kann ja Erfahrungen an die nächste Vertretung weitergeben und auch die zur Verfügung stehende Zeit intensiv

nutzen. Thema war das jedenfalls keines bei den letzten Verhandlungen um das neue Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (HSG, Anm.). Durch die stärkere Mobilität der Studierenden, aber auch das Bologna-System halte ich die aktuelle Amtszeit für durchaus angemessen.

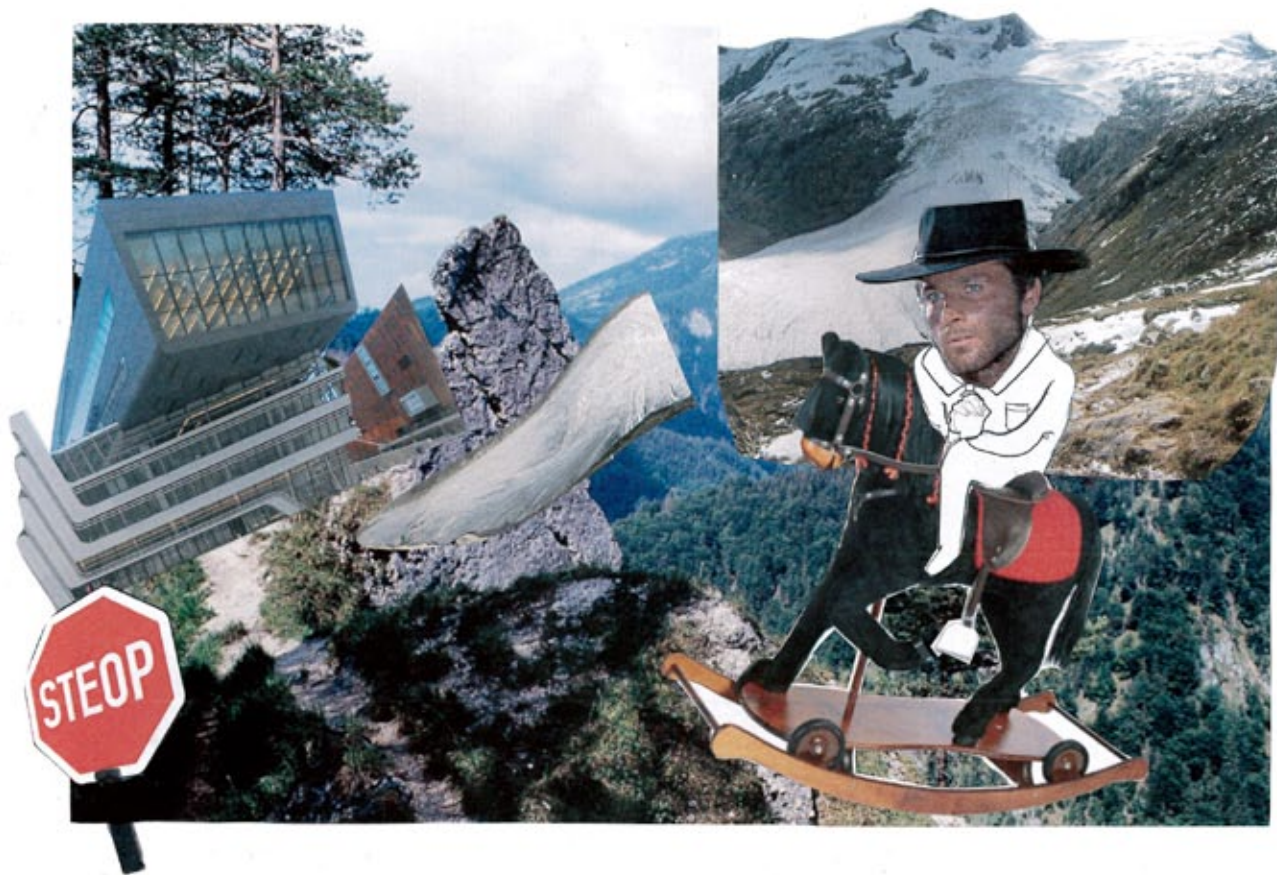
Die Durchschnittsstudienzeiten sind ja wesentlich länger als drei Jahre. Insofern könnte man die Amtsperiode doch verlängern, ohne Leute um ihre Partizipationsmöglichkeiten zu bringen.

Wie dem auch sei: Es treten heuer auch wieder Fraktionen zur Wahl an, deren Forderungen praktisch bedeuten würden, dass die ÖH sich selbst abschafft, zum Beispiel wenn sogenannte „Zwangsbeiträge“ beseitigt würden. Ist das nicht eigentümlich, wenn man zur Wahl einer Vertretung antritt, die man abschaffen möchte?

Grundsätzlich sind bei einer Wahl alle Forderungen erlaubt, sofern sie sich auf dem Boden des Rechtsstaates befinden. Das ist auch im aktuellen Fall gegeben. Es liegt natürlich an den Studierenden, eine Gruppierung zu wählen, die eine möglichst realistische und die Institution selbst stärkende Politik anbietet. Wenn jemand eine andere Meinung hat, ist natürlich auch die zu akzeptieren.

Momentan arbeiten in der ÖH Engagierte ehrenamtlich und bekommen nur eine relativ geringe Aufwandsentschädigung. Das führt dazu, dass alle unterschiedlich viel Zeit in ihre Aufgaben investieren. Manche machen sehr wenig, andere beuten sich selbst bis zum Burnout aus. Sollten demokratisch gewählte Vertreter_innen in herkömmlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden?

Herkömmliche, weisungsabhängige Arbeitsverhältnisse würden die unabhängige Perspektive der Stu-



dierendenvertretung trüben. Das derzeitige System der Abgeltung der mit dem Mandat verbundenen Aufwendungen, die in den einzelnen ÖH-Satzungen festgeschrieben werden, ist sachgerechter. Um die teilweise hohen Zeitaufwände zu kompensieren, regelt das Gesetz zudem unterschiedliche studienrechtliche Begünstigungen, wie etwa die Anrechnung der Tätigkeit auf freie Wahlfächer.

Für einige ÖH-Aktivist_innen erweist sich ihre Tätigkeit später als Sprungbrett in die Politik. Ist das nicht ein Problem, wenn es mehr um die Vertretung der eigenen Interessen geht?

Ich selbst und viele andere frühere ÖH-Funktionäre und Funktionärinnen waren in der Hochschulpolitik tätig und sind dann in die Politik gegangen. Zum damaligen Zeitpunkt war das aber nicht mein Ziel. Sehr wohl habe ich aber die Erfahrung, die ich in der Hochschulpolitik gesammelt habe, insbesondere Formulieren und auch entsprechendes Argumentieren, dann später nutzen können. Daher würde ich diese Phase der Hochschulpolitik von einer späteren Phase ganz einfach unterscheiden und keinen ursächlichen Zusammenhang sehen.

Bei der aktuellen Debatte um die Uniräte wurde uns in Erinnerung gerufen, dass die Studierenden in diesen „Aufsichtsräten“ kein Mitspracherecht haben – soll das geändert werden?

Im Universitätsgesetz ist bereits geregelt, dass die oder der Vorsitzende der ÖH an der betreffenden Universität das Recht hat, in den Sitzungen des Universitätsrats zu Tagesordnungspunkten angehört zu werden, die ihren Aufgabenbereich betreffen.

Überhaupt ist die Drittelparität, also die Stimmengleichheit der Kurien „Professor_innen“, „Mittelbau“ und „Studierende“, in vielen Uni-Gremien,

wie zum Beispiel dem Senat, abgeschafft worden. Hängt die geringe Wahlbeteiligung möglicherweise damit zusammen, dass Studierende nirgends mehr mitreden dürfen?

Den Studierenden ist durch das Universitätsgesetz und das HSG ein umfassendes Mitspracherecht bei Themen eingeräumt, die sie betreffen. Darüber hinaus sind die Studierenden im Senat und entsprechend eingesetzten Kollegialorganen vertreten. Das Mitspracherecht der gesetzlich als Körperschaft öffentlichen Rechts verankerten Studierendenvertretung ist auch im internationalen Vergleich stark ausgeprägt: Der ÖH sind alle Gesetzesentwürfe, die Studierendenangelegenheiten betreffen, vor ihrer Vorlage an die Bundesregierung zur Begutachtung zu übermitteln. Unabhängig davon pflegen wir vor allem mit der ÖH-Bundesvertretung einen regelmäßigen Austausch. Zudem steht es den einzelnen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften jederzeit frei, innerhalb ihrer Zuständigkeit, insbesondere den staatlichen Behörden, den jeweils zuständigen Bundesministern und Bundesministerinnen, den universitären Organen und anderen Einrichtungen Gutachten und Vorschläge zu unterbreiten.

Warum wechseln in Österreich die Wissenschaftsminister_innen schneller als in Hogwarts die Lehrer_innen für Verteidigung gegen die Dunklen Künste?

Die Zahl der Minister und Ministerinnen ist nicht ausschlaggebend für eine kontinuierliche Politik. Ich persönlich erlebe aktuell in Deutschland gerade den fünften Wirtschaftsminister, seit ich in Österreich für diesen Bereich verantwortlich bin. Wir haben im Hochschulbereich mit dem Universitätsgesetz eine solide gesetzliche Grundlage und ich setze den eingeschlagenen Kurs meiner Vorgänger und Vorgängerinnen fort.

War das neue HSG ein „Zuckerl“, das Sie der ÖH aus strategischen Überlegungen hingeworfen haben, damit sie wohlgesinnt bleibt und nicht stärker gegen die Abschaffung des Wissenschaftsministeriums mobilisiert und protestiert?

Gemeint ist wahrscheinlich die Zusammenlegung mit dem Wirtschaftsministerium. Aber auch dort hat sich die Zusammenarbeit als durchaus fruchtbringend erwiesen und die Abhängigkeitsbefürchtungen sind ja nicht eingetreten. Das neue Gesetz haben wir deswegen gemacht, weil die indirekte Wahl sich nicht bewährt hat, weil wir einfach mehr Akzeptanz bei dem neuen System erwarten und weil wir auch eine relativ einheitliche Regelung für alle Bereiche geschaffen haben.

Warum ist eine starke ÖH wichtig?

Vertretung ist eine zeitintensive, wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Je stärker die Legitimation der Studierendenvertretung ist, umso mehr Gewicht hat ihre Stimme beim Einsatz für die Interessen. Das gilt für die Instituts- und Universitätsebene, aber natürlich auch gegenüber der Politik.

Reinhold Mitterlehner (geboren 1955) studierte Rechtswissenschaften an der JKU in Linz, wo er auch in der ÖH tätig war. Er ist seit 2008 für die ÖVP Wirtschaftsminister und wurde Ende 2013 zusätzlich Wissenschaftsminister, womit er zum Hauptansprechpartner für die ÖH wurde.

Olja Alvir studiert Physik und Germanistik an der Universität Wien.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.



Vertragscheck



Lass deine Arbeitsverträge checken und hol dir Infos zu Arbeitsrecht, Arbeitnehmer_innenschutz, Versicherung, Dienstverhältnissen und Konsument_innenschutz.



Tel.: +43 (0) 1/3108880 - 41



Mail: vertragscheck@oeh.ac.at



persönliche Beratung Mittwoch 17-19 Uhr

www.oeh.ac.at



In einer Bank arbeiten statt sie zu putzen

Im März eröffnete in Wien das erste muslimische Frauenhaus. Über die Notwendigkeit von Hilfen, öffentliche Missverständnisse und Zukunftsvisionen sprach *progress* mit Silke Kettmann-Gamea bei einem Lokalaugenschein.

„Angefangen hat alles in der Frauengruppe im muslimischen Zentrum vor ein paar Jahren“, erzählt Silke Kettmann-Gamea. Ein neu eingerichtetes Büro zwischen Donaukanal und Hannovermarkt, im Herzen von Brigittenau: In den Ecken stapeln sich Decken, Kleidung und Kuscheltiere – Spenden, die für das neu gegründete Projekt „Haticce“ abgegeben wurden. „Damals stieß eine konvertierte Frau zu uns, die nicht wusste wohin. Ich bot ihr meine Hilfe an.“ Das sei ein häufiges Problem, fährt die Mittvierzigerin fort. Viele Familien reagieren mit Ablehnung darauf, wenn ihre Kinder den Islam für sich entdecken. „Das ist ganz normal, dass das anfangs ein Schock ist. Man muss bloß den Fernseher einschalten und schauen, wie über den Islam berichtet wird.“ Doch nicht nur Konvertitinnen brauchen Hilfe. Die Frauengruppe war oft die erste Anlaufstelle für Probleme jeder Art.

WAS HAST DU FÜR EIN PROBLEM? Kettmann-Gamea arbeitete damals als Begleitlehrerin in der islamischen Volksschule des Vereins Jetzt – Zukunft Für Alle. Immer wieder baten dort Frauen um ihre Unterstützung. Da war es für sie der konsequente nächste Schritt, mehr anzubieten als spontane Privatunterkunft oder hier und da ein behördliches Schreiben in Alltagsdeutsch zu übersetzen. Anfang des Jahres wurden durch den Verein günstige Wohnungen angemietet und hergerichtet. Vor Kurzem sind die ersten Frauen eingezogen, sie leben in Wohngemeinschaften verschiedener Größe, je nachdem, wer sich miteinander versteht oder wer wie viel Platz braucht. „Das war uns wichtig, dass die Frauen quer durch die Stadt verteilt wohnen. Nicht nur aus Sicherheitsgründen. Wir hoffen,

dass durch die WGs gegenseitige Unterstützung entsteht, aber auch, dass der Kontakt zu den NachbarInnen leichter fällt.“ Je nach Einkommen zahlen die Frauen Miete. Finanziert wird das Projekt aus Spenden und privaten Mitteln. „So lange wir uns das leisten können, soll es so bleiben.“

In der Anlaufstelle stehen eine Sozialarbeiterin und Integrations- und Frauencoaches zur Verfügung. „Viele Frauen kommen und wissen gar nicht genau, was sie wollen oder welche Möglichkeiten sie haben. Anfangs muss man grundlegend klären: Was hast du überhaupt für ein Problem?“ Wie in jedem Hilfeprozess wird sortiert, Prioritäten werden gesetzt und Zuständigkeiten ermittelt. Es wird auch geklärt, was „Haticce“ anbieten kann, wofür die verschiedenen öffentlichen Einrichtungen da sind, und was andere Vereine aus dem bestehenden Netzwerk übernehmen können.

NICHT NUR PUTZFRAUEN. Kettmann-Gamea schildert, dass es für viele Musliminnen schwierig sei Hilfe anzunehmen. Sie fürchten, nicht akzeptiert und unterstützt zu werden, auf Vorurteile zu stoßen oder aufgefordert zu werden, das Kopftuch abzulegen. Viele der Frauen sind nach islamischem Recht verheiratet. Bei Trennungen, Konflikten und auch wenn Kinder im Spiel sind, besteht häufig der Wunsch, Lösungen im Sinne der Scharia zu finden. Hier wird gemeinsam mit einer Rechtsberaterin und einem Juristen nach einem gangbaren Mittelweg gesucht.

Der Diskriminierung am Arbeitsmarkt möchte man durch Kooperationen mit Ausbildungsstellen entgehen.

Derzeit werden Frauen vorwiegend im Care-Bereich, in Kinderbetreuung und Altenpflege, vermittelt. Kettmann-Gamea möchte Frauen, die Kopftuch tragen, ermutigen, beruflich Fuß zu fassen und in der Öffentlichkeit präsent zu sein. „Vor ein paar Jahren gab es Berufe, die waren regelrechte Männerdomänen, das bricht langsam auf. Und warum sollte es nicht auch irgendwann möglich sein, dass eine Frau mit Kopftuch in der Bank hinter dem Schalter arbeitet, statt sie zu putzen?“

KRITISCHE STIMMEN. Der Trägerverein Jetzt – Zukunft Für Alle stand nach der Schließung der privaten Volksschule Anfang des Jahres in der Kritik. Auch das Projekt „Haticce“ wurde medial angegriffen. „Zunächst einmal sind wir nicht die Schule, sondern ein eigenes Projekt“, stellt Kettmann-Gamea klar. „Und zweitens: Die polizeilichen Ermittlungen dazu sind abgeschlossen, die Schule wurde von allen Anklagepunkten freigesprochen. Darüber berichtet niemand. Vom Stadtschulrat kam noch keine Reaktion.“ Weder Rechtsabteilung noch PressesprecherInnen des Stadtschulrats wollten *progress* diesbezüglich Auskunft geben.

Auch der Verein Wiener Frauenhäuser reagierte verschnupft auf das neue Projekt, nachdem es hieß, in seinen Einrichtungen dürften Muslimas ihre Religion nicht frei ausüben. „Das war ein Missverständnis“, räumt Kettmann-Gamea ein. „Ich glaube nicht, dass sie sagen: Du darfst nicht beten. Ich finde es wichtig, dass es solche Einrichtungen gibt, aber ich finde es genauso wichtig, dass es uns gibt. Man sieht ja, es wird gebraucht. Sonst würde es keinen

Menschen interessieren.“ Kontakt gab es zwischen den beiden Vereinen bislang nicht, so Irma Lechner, Leiterin des dritten Wiener Frauenhauses: „Eigentlich ist das üblich in Wien, dass neue Projekte sich ankündigen und vernetzen. Aber mit Sicherheit ergeben sich irgendwann Schnittstellen.“ Eigenständig wolle man jedoch nicht auf das neue Projekt zugehen.

ZUKUNFTSMUSIK. Dass „Haticce“ sich als „Frauenhaus“ bezeichnet, folgt einem anderen Gedanken als jenem, der hinter Frauenhäusern steht, die Gewaltschutzeinrichtungen mit hohen Sicherheitsstandards sind: Es soll ein Ort für Frauen sein, für alle Frauen. Auch trans* Frauen. Egal welches Problem und welche Religion sie haben. Wenn sie sich etwas wünschen könnten, dann, dass alle Menschen eine Gemeinschaft sind. „Jeder für jeden, jede mit jedem, egal welcher Herkunft, egal ob Christ, Jude oder Moslem. Vielleicht erleb' ich das ja noch.“

Zum Abschied überreicht Kettmann-Gamea einen Folder der noch jungen Dokumentationsstelle zur Durchsetzung von Gleichbehandlung für Muslime der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ). Eigene Folder hat „Haticce“ noch nicht, auch die Homepage ist noch im Aufbau. So wie vieles derzeit: Aktuell verhandelt der Trägerverein mit der Wiener RosaLilaVilla über die Bereitstellung leistbaren Wohnraums für LGBTI-Flüchtlinge: „Eigentlich hat alles ja gerade erst angefangen.“

Eva Grigori hat Germanistik in Göttingen und Wien studiert und beendet derzeit den Master Soziale Arbeit in St. Pölten.

Al-Qaida, ISIS, Antifa?

Auch die diesjährigen Proteste gegen den Akademikerball haben eine Reihe an Ermittlungen gegen AntifaschistInnen nach sich gezogen. Aufgefahren wird mit allem, was das Strafrecht so zu bieten hat. Nun steht sogar der Vorwurf der Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ im Raum.

Derzeit ermittelt die Wiener Polizei gegen elf Personen und noch weitere Unbekannte im Umkreis der diesjährigen Proteste gegen den Akademikerball in der Wiener Hofburg. Unter anderem wird wegen Nötigung, gefährlicher Drohung, Landzwang und Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Vorwürfe, mit denen zum Teil auch schon in den vergangenen Jahren versucht wurde, gegen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Proteste vorzugehen. Nun wird auch noch wegen des Vorwurfs der Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 278b StGB) gegen AktivistInnen des ehemaligen NoWKR-Bündnisses ermittelt, bestätigt Nina Bussek von der StaatsanwältInnenschaft Wien entgegen anderslautender Berichte in letzter Zeit. Und das alles, obwohl sich das Bündnis kurz nach den vergangenen Protesten aufgelöst hat, unter anderem, um sich neuen politischen Projekten zuzuwenden.

Sollte es tatsächlich zu einer Anklage und in Folge zu einer Verurteilung kommen, könnte das Strafmaß bis zu zehn Jahre Haft betragen. Von BeobachterInnen, ExpertInnen und Beteiligten werden die Ermittlungen heftig kritisiert – es werde versucht, antifaschistischen Protest mit Maßnahmen des Strafrechts mundtot zu machen.

SCHWERE GESCHÜTZE. Die Pressesprecherin von NoWKR, Elisabeth Litwak, zeigt sich schockiert über die Ermittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung: „Wir haben Demonstrationen und Vortragsreihen organisiert. Wenn so etwas in Österreich unter Terrorismus fällt, wäre das fatal für alle künftigen Proteste. Der Terrorismusparagraph wird sonst gegen den Islamischen Staat (IS) und Al-Qaida eingesetzt.“ In den letzten Jahren hätte die Intensität der Straf-

verfolgungen gegen antifaschistische oder zivilgesellschaftliche Proteste zugenommen: „Diese Ermittlungen sind eine ganz neue Stufe“, erklärt Litwak. Von der Wiener Polizei sind die AktivistInnen von NoWKR diesbezüglich bisher weder kontaktiert noch einvernommen worden. NoWKR hat, wie viele andere Gruppierungen in der Vergangenheit, auf den Akademikerball aufmerksam gemacht und Proteste dagegen organisiert.

Zur Erinnerung: Auf dem jährlichen Akademikerball treffen sich Persönlichkeiten der nationalen und europäischen rechten bis rechtsextremen Gruppierungen in der Wiener Hofburg, um das Tanzbein zu schwingen. Die Gegendemonstrationen führten teils zu heftigen Polizeieinsätzen und zu umstrittenen Anzeigen und Gerichtsverfahren. Bernhard Lahner vom Vorstandsteam der ÖH-Bundesvertretung (BV) sieht das Vorgehen gegen Antifaschist_innen kritisch. „Antifaschistischer Protest muss ein wesentliches Element im politischen Engagement der Studierenden sein. Es ist fatal dieses Engagement durch Kriminalisierung im Keim zu ersticken. Faschismus darf durch Schweigen nicht salonfähig gemacht werden.“

Letztes Jahr etwa musste der Student Josef S. aus Jena gut sechs Monate lang in Untersuchungshaft sitzen. Angezeigt und schließlich auch verurteilt wurde er unter anderem wegen des sogenannten Landfriedensbruchparagraphen. Dieser Prozess wurde nicht nur von deutschen Medien heftig kritisiert, sondern auch von Verfassungsjuristin Brigitte Hornyik, die ihn beobachtet hat. „Da wurde der ganze Rechtsstaat gewissermaßen mit Füßen getreten. Ein Mensch wurde aufgrund von ganz schwammigen Vorwürfen festgehalten und vorverurteilt“, so Hornyik. An dem Prozess ist ihr be-

sonders die seltsame Beweisführung durch das Gericht sauer aufgestoßen, das sich sein Urteil im Wesentlichen auf die Aussage eines Polizisten bezog, der sich noch dazu in Widersprüche verstrickt hatte.

KRIMINALISIERUNG. Nach den aktuellen Ermittlungen wegen § 278b gefragt, findet die Verfassungsjuristin Hornyik sehr schnell deutliche Worte: „Das ist eine Frechheit. Damit soll Antifaschismus wieder einmal kriminalisiert werden. Dabei lässt man offenbar kein Mittel aus, wie diese Ermittlungen zeigen.“ Für Hornyik ist das eine strafrechtliche Keule, die in diesem Fall offenbar dazu diene, auf eine ganze Bewegung zu prügeln. Sie hofft, dass die Ermittlungen bald wieder eingestellt werden. Dennoch empfindet sie alleine die Verdächtigungen als politisch sehr beunruhigend. Sie vermutet außerdem, dass ein solcher Umgang mit diesen Protesten an der mangelnden Aufarbeitung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich und der immer noch stark verbreiteten autoritären Gesinnung liege.

Der Strafrechtsexperte Georg Bürstmayr schlägt in eine ähnliche Kerbe und hält die Anwendung des Terrorparagraphen 278b in diesem Fall für völlig überzogen. Der Paragraph sei nach den Anschlägen von 2001 für Fälle gedacht gewesen in denen es um „eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung oder Schädigung des öffentlichen Lebens bzw. des Wirtschaftslebens“ gehe. „Mit dieser Bestimmung muss sehr bedächtig umgegangen werden. Man kann sie nicht einfach wahllos, misslieblich gegen kritische Gruppierungen anwenden“, so Bürstmayr.

ANGST? Über den aktuellen Stand der Ermittlungen geben sowohl StaatsanwältInnenschaft als auch Polizei

keine Auskunft, auch nicht wie lange die Ermittlungen dauern könnten. Für die Verdächtigten von NoWKR, aber auch jene (AntifaschistInnen), gegen die wegen anderer Delikte ermittelt wird, heißt es also vorerst abwarten und hoffen. Galt noch im letzten Jahr unter anderem rund um den Prozess gegen Josef S. die Anwendung des bis dahin für totes Recht gehaltenen Paragraphen Landfriedensbruch als äußerst umstritten, so kommt nun der Paragraph „Landzwang“ (§ 275 StGB) zu einem sehr fragwürdigen Einsatz. Dieser Paragraph bestraft das Drohen mit schweren Angriffen gegen einen großen Personenkreis. Auf Anfrage des *progress* hat das Justizministerium mitgeteilt, dass dieser Paragraph in den letzten 39 Jahren zu insgesamt 18 Verurteilungen geführt hat, also äußerst selten angewandt wird.

Danach gefragt, was sie AntifaschistInnen raten würde, die sich zunehmend eingeschüchtert fühlen, meint Litwak: „Aus Angst auf Protestformen zu verzichten ist weder angemessen noch hilfreich, vielmehr ist es genau das, worauf die Repression abzielt. Wichtig ist es, überlegt und gut vorbereitet zu sein. Niemand muss sich der Repression alleine stellen.“ Für Lahner tut sich hier aber ein Problem auf: „Da es die ‘linke Organisation’ in Österreich nicht gibt, ist es oft schwierig, dass unterschiedliche Gruppierungen in allen Punkten miteinander können. Es sollte aber vor allem in Bezug auf Antifaschismus Konsens herrschen und ein gemeinsames Vorgehen das Ziel sein. Unterstützung gegen Repression muss für linke Organisationen selbstverständlich sein.“

Georg Sattelberger studiert Internationale Entwicklung und Lehramt Englisch und Geschichte an der Universität Wien.



„Ein Mord passiert, damit er zum Bild wird“

Foto: Alexander Gortler

Enthauptungen, Steinigungen, Verbrennungen – der Islamische Staat (IS) entsetzt durch die Verbreitung der Video-Dokumentation seiner Greuelthaten. Bildexpertin Petra Bernhardt geht in ihrer Forschung den Bildstrategien der Terrororganisation auf den Grund.

progress: Sollten Medien prinzipiell auf die Verwendung von propagandistischem IS-Bildmaterial verzichten?

Petra Bernhardt: Diese Frage kann nicht mit einem generellen Ja oder Nein beantwortet werden. Wenn ein Video tatsächlich einen hohen Nachrichtenwert hat und es gut kontextualisiert wird, kann eine Veröffentlichung durchaus Sinn machen. Aber Terrorbilder eignen sich nicht als Teaser. Ich verstehe das natürlich aus der Logik des Medienschaffens heraus. Solange man aber nicht weiß, was diese Bilder konkret auslösen, würde ich mir einen reflektierteren Umgang damit wünschen.

Aber selbst wenn die Bilder ausreichend kontextualisiert werden, ihre affektive Wirkung lässt sich nicht „wegerklären“.

Richtig. Genau deswegen sprechen wir von der Macht der Bilder.

Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, dem IS diese Bildmacht zu nehmen?

Nein, das glaube ich nicht. Ich halte den Begriff „Bildmacht“ selbst schon für eine Konstruktion. Es ist ein strategisches Spiel. Der IS kennt die Logiken einer globalisierten Medienbranche sehr gut. Diese kann seinen Bildern nichts entgegenzusetzen. Es wäre vermutlich recht sinnlos, wenn wir offensiv demokratische Strukturen bewerben. Das wird so nicht funktionieren.

Wie die IS-Bilddebatte geführt wird, ist überholt. Alle reden von der „Wirkmacht“ der Bilder, die RezipientInnen selbst stehen kaum im Fokus. Woran liegt das?

Die NutzerInnen kommen tatsächlich nur sehr am Rande der Debatte vor. Das ist in hohem Maß irritierend. Ich glaube, ein Grund dafür ist die Selbstreferentialität des Mediensystems: JournalistInnen diskutieren mit JournalistInnen über Darstellungsformen. Auch die bisherige Forschung beschäftigt sich sehr stark mit der Repräsentationsebene. Welche Botschaften vermitteln die Bilder? Wie

sieht es mit den technischen Rahmenbedingungen aus? Dabei fehlt die Frage, was die NutzerInnen wollen. Tatsächlich ist das schwer zu erforschen. Eine groß angelegte NutzerInnenstudie bräuchte nicht nur die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen, sondern auch einen größeren zeitlichen Abstand.

Verweisen Popkultur-Anleihen und die Imitation der westlichen Bildsprache in den IS-Videos auf ein westliches Zielpublikum?

All die Strategien, die wir beim IS finden – die Videospiel-Zitate, die Popkulturanleihen –, sind in der zeitgenössischen Politik gängige Praxis. Die Unterscheidung liegt darin, was gezeigt wird und nicht wie es gezeigt wird. Der IS spricht mit den Videos verschiedene Teilöffentlichkeiten an. Zum einen geht es um die ganz banale Verbreitung der Botschaft. Dann gibt es eine regionale Zielgruppe, wo es auch um Abschreckung geht. Wir haben mit Irak und Syrien zwei politische Gebilde, die komplett in Erosion begriffen sind. Es ist vermutlich nicht leicht, dort noch eine Armee zu mobilisieren, wenn es Videos gibt, in denen SoldatInnen massenhaft gefoltert und grausam ermordet werden. Andererseits wird in den Medien immer wieder die These vertreten, dass die Terrorvideos als Anwerbungs- und Mobilisierungswerkzeug eingesetzt werden. Dazu gibt es bislang noch keine systematischen Untersuchungen. Was Menschen tatsächlich dazu bringt, sich dem IS anzuschließen, ist schwer festzumachen. Momentan überwiegen Mutmaßungen darüber, was diese Videos können. Es wird sehr viel über die Leute gesprochen und sehr wenig mit ihnen. Ich war von einigen Medienbeiträgen aufgrund ihres hochspekulativen Charakters befremdet.

Das Video, das die Enthauptung des Journalisten James Foley zeigt, hat eine Ethikdebatte im Journalismus entfacht.

Das war ein Dammbreach. Es ist kein Zufall, dass genau dieses Bild so viel ausgelöst hat. Es hat eine extrem starke Bildkomposition und viele verschie-

dene Bezüge verdichten sich darin: einerseits der visuelle Bezug auf die Häftlingskleidung in Guantanamo, dann die Kompositionslogik des Raumes, die Wüstenlandschaft, das Täter-Opfer-Verhältnis, der verhüllte Kapuzenmann. Das Bild ist quasi ein Selbstläufer und als Medienereignis geeignet. Der Kunsthistoriker Horst Bredekamp, der Terror als Bildakt beschreibt, würde es einen substitutiven Bildakt nennen. Das heißt: Menschliche Körper werden mit Bildern kurzgeschlossen und ein Mord passiert, damit er zum Bild wird.

Welche Bedeutung hat die Frage der Authentizität?

Ich beobachte, dass viele der Fiktion aufsitzen, diese Bilder hätten dokumentarischen Gehalt. Die Bilder werden ohne Kontextwissen weiterverbreitet. Mir ist auch aufgefallen, dass eine starke Vermischung von Terrorbildern und fotojournalistischem Material stattfindet. Da wäre ein höheres Reflexionsniveau nötig. Aber aufgrund der Lage dort steht wenig Material zur Verfügung, das fotojournalistischen Gehalt hat.

Was bedeutet diese Abwesenheit fotojournalistischer Bilder?

Wenn es keine Bilder gibt, dann gibt es auch kein visuelles Gedächtnis. Das wissen auch die Terrororganisationen. An diesem Punkt geraten die Medien unter Druck. Hier zeigt sich, warum die Debatte nicht bei der Frage danach, welche Bilder gezeigt werden, aufhören darf. Es geht auch um die Rahmenbedingungen, unter denen fotojournalistische Bilder entstehen. Und darum, warum wir diese Bilder brauchen und wie wir ihr Entstehen sicherstellen können. Es ist eine etwas scheinheilige Debatte, immer über die Bilder zu reden und nicht über die Menschen, die diese Bilder machen.

Cornelia Grobner ist freie Journalistin und Doktoratsstudentin im Fachbereich Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg.



Wofür soll sich die ÖH einsetzen?

Umfrage und Fotos von Johanna Rauch



Ich wünsche mir von der ÖH mehr Einsatz, wenn es um Erasmusplätze im Ausland geht. Ich würde gerne ein oder zwei Semester in Istanbul studieren, aber es gibt dort nur zwei Plätze für Studierende der Internationalen Betriebswirtschaft.

Süeda, 20, Internationale Betriebswirtschaft



Ich würde mich über eine Angleichung des Stunden- und Arbeitsaufwandes der verschiedenen Seminare freuen. Bei manchen Seminaren langweile ich mich nur und bei anderen versinke ich in der Arbeit.

Petra, 20, Publizistik und Kommunikationswissenschaft



Die ÖH soll sich darum kümmern, dass den Studierenden weniger finanzielle Hürden in den Weg gelegt werden. Es sollten einfach keine Gebühren für Studierende anfallen.

Andreas, 24, Skandinavistik



Ich unterstütze die Idee der Zulassungsprüfungen. Die ÖH sollte sich jedoch darum bemühen, die StEOP klarer zu gestalten. Wenn ich sowieso schon eine positive Zulassung zum Studium habe, warum soll ich dann zu diesem Stoff ein weiteres Mal im Zuge der StEOP geprüft werden?

Emma, 19, Psychologie



Die Vorlesungen sollen spannender gestaltet werden. Einige Lehrende arbeiten mit veralteten Methoden. Ihre Lehrveranstaltungen sollten modernisiert werden, um attraktiver und motivierender auf die Studierenden zu wirken.

Deya, 20, Kunstgeschichte



Die ÖH muss sich um eine bessere Organisation der überfüllten Hörsäle kümmern. Ich bin klar für Aufnahmeprüfungen, um die Zahl der Studierenden unter Kontrolle halten zu können. Würde es in Österreich auch den Numerus Clausus geben, würde das alles ganz anders aussehen.

Silvia, 20, Publizistik und Kommunikationswissenschaft

A detailed illustration of a beehive situated in a tree. The hive is a large, multi-tiered structure made of brown and yellow honeycomb. Several bees with black and yellow stripes and blue eyes are shown in various activities: some are on the honeycombs, some are flying, and one is on a ladder at the bottom right. The tree has thick brown branches, green leaves, and white flowers. A small basket of honey hangs from a branch on the left. The background consists of wavy, light-colored lines.

dossier

Engagement

Retten wir die Welt oder uns selbst?

Rettet die Wale und stürzt das System!

Ohne Gage

Der Begriff „Engagement“ kommt – Überraschung! – aus dem Französischen. Er hat zwei hauptsächliche Bedeutungen: Auf der einen Seite bezeichnet er eine berufliche Verpflichtung, auf der anderen den persönlichen Einsatz aus einem Gefühl der Verbundenheit und der Verpflichtung heraus. Das zugehörige Verb „engager“ besteht aus den beiden Worten „en“ (in) und „gage“ (Gehalt, Lohn). Hier wird der implizite finanzielle Aspekt des Begriffs sichtbar. Paradoxiertweise ist gerade das soziale Engagement oft unbezahlt und erfolgt rein aus moralischen Überzeugungen – oder um den eigenen Lebenslauf aufzupolieren. Nicht umsonst wird soziales Engagement häufig auch als Freiwilligenarbeit bezeichnet. Die Ziele von sozialem Engagement sind so divers wie die Personen, die sich engagieren. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass soziales Engagement einen Status quo, der als verbesserungswürdig wahrgenommen wird, verändern soll.

Freiwilligenarbeit

In Österreich ist Freiwilligenarbeit sehr beliebt. 46 Prozent der Bevölkerung über 15 leisten Freiwilligenarbeit – also ca. 3,3 Millionen Menschen. Aber was genau bedeutet der Begriff „Freiwilligenarbeit“? Wie so oft gibt es hier verschiedene Definitionen. Das Freiwilligengesetz bezieht sich auf jene Leistungen, die freiwillig und unentgeltlich von Personen in einem organisatorischen Rahmen für andere erbracht werden, aus sozialen Motiven und ohne Erwerbabsicht. Der Aspekt der informellen Arbeit ohne organisatorischen Kontext, zum Beispiel „Nachbar_innenschaftsdienst“, wird hierbei nicht berücksichtigt. Gebiete, in denen Österreicher_innen sich engagieren, sind zum Beispiel soziale Dienste, Kultur, Politik, Sport, Gesundheit und Pflege sowie Rettungs- und Katastrophenhilfsdienste. Für alle Interessierten: Die Seite freiwilligenweb.at enthält ein Verzeichnis etlicher Freiwilligenorganisationen, bei denen man sich in Österreich engagieren kann.

Clicktivism

Der Begriff „Clicktivism“ bezeichnet den Gebrauch sozialer Medien zur Förderung einer Sache. Durch das schnelle und einfache Teilen und Verbreiten von Anliegen und Protestaktionen sollen Aktivismus und gesellschaftlicher Wandel erleichtert werden. User_innen organisieren sich in Gruppen und machen auf Twitter und Facebook auf Inhalte aufmerksam. Doch dieser Online-Aktivismus ist auch als bequeme, wirkungslose Gewissensberuhigungsmaßnahme verschrien: „Clicktivism will never bread social revolution“, meint etwa Micah M. White, Occupy-Aktivist der ersten Stunde. das wichtigste Gegenbeispiel für diese These des einen, richtigen Aktivismus sind wohl der gesamte arabische Frühling und seine vielen Nachwehen, wo Soziale Medien eine große Rolle spielten. Auch Hashtag-Aktivismus wie [#Aufschrei](https://twitter.com/Aufschrei) in Deutschland und aktuell [#BlackLivesMatter](https://twitter.com/BlackLivesMatter) in den USA SORGT dafür, dass Themen gehört und besprochen – und oft von anderen Aktionsformen begleitet – werden. Nicht zuletzt bietet Online-Aktivismus marginalisierten Gruppen Raum für Vernetzung, Austausch und Planung gemeinsamer Aktionen.

Crowds, Change, Cash

Auf Onlineplattformen wie change.org oder avaaz.org kann jede und jeder eine Unterschriftenaktion starten und unterschreiben. Doch diese Plattformen sind nicht etwa gemeinnützige Organisationen oder Vereine: Nein, sie sind ganz klassische Unternehmen, die sich durch Kooperationen, Aufträge und Werbung finanzieren. Crowdfunding-Webseiten wie gofundme.org oder kickstarter.com kassieren meist einen Teil der Gesamtspenden bzw. jedes einzelnen Spendenbeitrages über Gebühren ein. Und nicht zuletzt bezahlen die meisten NGOs gewinnorientierte Agenturen, die junge Menschen prekär beschäftigen, um die heiß gefragten Mitgliedsbeiträge einzuholen (vgl. progress 4/14). Die traurige Wahrheit: Aktivismus ist manchmal auch nur ein Business.

Period.

„I will not apologize for not feeding the ego and pride of misogynist society that will have my body in an underwear but not be okay with a small leak.“ Die kanadische Künstlerin Rupri Kaur zeigt in ihrer Fotoserie „period.“ Bilder von Menstruationsblut in verschiedenen Kontexten. Sie wehrt sich damit gegen eine Gesellschaft, die mit der Sexualisierung und Degradierung von Frauen einverstanden ist, nicht aber mit natürlichen Prozessen ihres Körpers, die sie als krank und schmutzig erachtet. Eines von Rupris Fotos zeigt eine Frau, auf deren Hose Menstruationsblut zu sehen ist. Auf Instagram wurde das Bild zweimal gesperrt. Allerdings nicht lange: Rupri empörte sich in mehreren sozialen Netzwerken darüber und erhielt so enorme öffentliche Unterstützung, dass Instagram sich gezwungen sah, das Bild wieder freizuschalten. „You made a giant see that it is only a giant cause you are part of its existence“, schreibt Rupri zum gemeinsamen Erfolg.

Karten der Katastrophen

Naturkatastrophen verändern komplette Landschaften in nur wenigen Minuten gravierend. Herkömmliche Karten und sporadisch aktualisierte Dienste wie Google Maps bieten Helfer_innen vor Ort dann keine Orientierung mehr. Die Community des Open-Source-Dienstes Open Street Map (OSM), der wie eine Wikipedia für Weltkarten funktioniert, versucht zu helfen, indem sie die Karten so schnell wie möglich anpasst. Firmen, die Satellitenbilder anfertigen, liefern für die Online-Kartograph_innen aktuelles Material, aufgrund dessen diese die Karten verändern. Schon 2010 beim Erdbeben in Haiti und 2013 nach dem Taifun Hayan auf den Philippinen wurde das System erprobt. Mit Erfolg: Das Rote Kreuz in den USA empfiehlt den Einsatz von OSM in Katastrophengebieten. Waren es 2010 erst 500 Helfer_innen, so kartieren aktuell über 2.000 Menschen auf tasks.hotosm.org das Erdbebengebiet in Nepal.

Ein bisschen Frieden, ein bisschen CV aufpolieren

Sich für eine „bessere Welt“ einzusetzen ist eine noble Sache, bringt aber oft auch soziales Kapital und nette Einträge für den Lebenslauf. *progress* sprach mit Marietta Mayrhofer-Deak, Lehrbeauftragte am Institut für Soziologie der Universität Wien, über Egoismus im politischen Engagement.

***progress*: Warum engagieren sich Menschen in NGOs, Vereinen oder politischen Initiativen?**

Marietta Mayrhofer-Deak: Es gibt verschiedene Gründe, warum sich Menschen für Freiwilligenarbeit entschließen. Laut der Studie „Bereitschaft und Motive zur Freiwilligenarbeit“ ist das erste Motiv egoistisch geprägt, nämlich Spaß haben zu wollen. An zweiter Stelle steht aber ein altruistisches Motiv, nämlich anderen helfen zu wollen. In Österreich haben wir einen relativ hohen Anteil von 43 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich freiwillig engagieren. Dabei geben Frauen etwas häufiger als Männer altruistische Handlungsmotive an.

Gibt es Ihrer Meinung nach selbstloses Handeln oder handelt jede und jeder im Grunde zum eigenen Vorteil? Anderen zu helfen kann schließlich auch Ansehen und Bekanntheit nach sich ziehen.

Es gibt die Tendenz, dass sich vor allem jüngere Personen zunehmend zu ganz egoistischen Motiven bekennen, selbst in der Freiwilligenarbeit. Es gibt auch einen zunehmenden Erfolgs- und Leistungsdruck. Eine Diagnose kann aber nicht so eindeutig gefällt werden. In aktuellen Jugendstudien hat man etwa herausgefunden, dass es auch eine nicht zu unterschätzende Gruppe junger Menschen gibt, die sich zu postmateriellen Werten bekennen.

Das heißt, es lässt sich keine gesamtgesellschaftliche Entwicklung feststellen?

Man kann aus den Daten nicht herauslesen, ob wir uns in Richtung einer narzisstischen Gesellschaft oder einer selbstlosen, gemeinschaftlichen Gesellschaft bewegen. Man muss dazu theoretische Ansätze heranziehen. Die Diagnose „narzisstische Gesellschaft“ findet man heute oft in der psychologischen und psychoanalytischen Literatur, wo man von ganz konkreten Fällen lesen kann. Aus soziologischer



Foto: Christopher Glunzl

Sicht gibt es dazu aber unterschiedliche Standpunkte, etwa die Diagnose „neuer Gemeinschaftssinn und Tribalismus“ von Michel Maffesoli. Grundsätzlich gibt es in der Soziologie schon seit ihrem Entstehen die Diagnose, dass die moderne Gesellschaft eine individualistische sei.

Beobachten Sie das Spannungsfeld zwischen Egoismus und Engagement auch im universitären Alltag?

In den letzten Jahren habe ich immer auch Lehrveranstaltungen zum Thema Entwicklungstheorie und -zusammenarbeit angeboten und die StudentInnen waren immer sehr engagiert und interessiert an Idealen und Ideen für eine bessere Welt. Und ein Beispiel für den Egoismus... Da muss man, glaube ich, nochmal den Leistungs- und Erfolgsdruck, den es an den Unis gibt, ansprechen. In den Lehrveranstaltungen oder auch in Gruppenarbeiten ist dieser auf jeden Fall spürbar. Entscheidungen und Ziele werden oft nicht gemeinschaftlich ausgehandelt. Man hat den Eindruck, dass es zuweilen nur mehr um die Performance geht, also

bei der Präsentation gut zu wirken und die beste Note zu bekommen.

Es gibt ja an den Universitäten das Ideal der universitas, der Gesamtbildung. Damit ist auch sehr stark das Verstehenwollen verbunden. Das spießt sich ein wenig mit einer stark funktionalisierten Gesellschaft, wo das Erlangen einer beruflichen Position, also das Ausüben einer Funktion im Vordergrund steht und notwendig ist, um gewisse materielle Ziele in Konkurrenz mit anderen zu erreichen.

Wie kann es zu gesellschaftlichem und politischem Fortschritt kommen, wenn sogar Engagierte stark auf ihren eigenen Nutzen schauen?

Lösungen im größeren Maßstab sind schwierig. Da gibt es seit Entstehen der Soziologie große Denkansätze, die sich in der Praxis nicht immer bewährt haben. In der Soziologie sieht man den Konflikt zwischen gesellschaftlichem Handeln nach wirtschaftlichen Prämissen und gemeinschaftlichem Handeln, wo im Grunde Altruismus die Vorherrschaft haben sollte, viel-

leicht am deutlichsten. Das Individuum muss aber in beiden Systemen agieren können, in Institutionen eher gesellschaftlich, im Privaten eher gemeinschaftlich.

Welchen Typ von Menschen sehen wir jetzt vorherrschend in unserer heutigen Gesellschaft? Eher EgoistInnen?

Vielleicht ist die interessantere Frage nicht, wen wir sehen, sondern wen wir uns gesellschaftlich als ein Ideal vorstellen wollen. An wen denken wir bei einem „erfolgreichen Menschen“? An einen Manager oder an den großen selbstlosen Mahatma Gandhi? Die Gesellschaft könnte man in Durkheims Worten als das Über-Ich bezeichnen, eine Kontrollinstanz in den Köpfen der Menschen. Es ist aber nicht so, dass Menschen gar keine Denk- und Handlungsoptionen hätten oder einem gesellschaftlichen Bild völlig ausgeliefert wären. Die Freiheit liegt darin, selbst zu erkennen und Handlungsinitiativen zu setzen.

Man findet ja oft die Aussage, dass man ein gewisses Maß an Egoismus brauche, um überlebens- oder wettbewerbsfähig sein zu können. Dank der Wissenschaft weiß man aber heute, dass der Mensch nicht von seinen Genen oder der Geburt her ein egoistisches Wesen ist, das nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist. Der Mensch hat das Potenzial, sich in alle Richtungen zu entfalten. Der Weg des absoluten Egoismus ist weder für das Individuum, noch für die Gesamtgesellschaft die beste Option. Das Individuum sollte egoistische Ideale als solche erkennen und hinterfragen. Dadurch besteht die Möglichkeit, die Gesellschaft zu verändern und zu verbessern.

Ralph Chan studiert Soziologie an der Universität Wien.

Von der Fantasie, die Welt zu retten

Viele junge Europäer_innen „helfen“ und „erweitern ihren Horizont“ durch Freiwilligendienste im Ausland. Aber brauchen die Menschen in Asien, Lateinamerika und Afrika überhaupt unsere Hilfe? Über koloniale Denkmuster und rassistische Überlegenheitsgefühle.

Natalie aus Vorarlberg wollte nach der Matura so weit weg wie möglich – und dabei etwas Sinnvolles tun. Till aus Norddeutschland wollte nach dem Abitur die Entscheidung für ein Studium um ein Jahr verschieben, etwas von der Welt sehen – und etwas Gutes machen. Oleksandr aus der Ostukraine wollte nach dem Bachelor etwas Neues entdecken, sich weiterentwickeln – und sich an einer guten Sache beteiligen. Alle drei haben einen sogenannten Freiwilligendienst in einem anderen Land gemacht und bleiben hier lieber anonym. Wer wo hinget, ist aber kein Zufall, sondern von globalen Machtverhältnissen diktiert.

VON DER FANTASIE ... „Die Motivationen, einen Freiwilligendienst zu absolvieren, sind unterschiedlich“, meint Jana Herbst. Als Trainerin begleitet sie im Rahmen von Vor- und Nachbereitungsseminaren für verschiedene Organisationen junge Menschen, die sich ein Jahr im Ausland engagieren wollen. Herbst hat Internationale Entwicklung studiert und legt in ihren Seminaren den Schwerpunkt auf die Sensibilisierung für Rassismus und (post)koloniale Strukturen. „Ich begrüße es, wenn junge Menschen sich engagieren wollen und eine neue Sprache, ein neues Land oder die eigenen Grenzen in einem anderen Setting kennenlernen wollen“, sagt die Trainerin. Die Freiwilligen müssten sich

aber bewusst sein, dass es vor allem um die eigene Erfahrung geht. Herbst beobachtet, dass das meist nicht der Fall ist. Die eigene Erfahrung ist den Freiwilligen vor ihrem Auslandsaufenthalt zwar auch wichtig, im Mittelpunkt steht aber der Wunsch zu helfen. Sehr oft haben die Freiwilligen ein exotisierendes und stereotypes Bild von Asien, Lateinamerika oder Afrika: „Es ist eine koloniale Vorstellung zu glauben, anderen zeigen zu können, wie es besser geht und was der richtige Weg ist.“

Die Menschen im Globalen Süden werden dabei als Objekte gedacht, denen geholfen werden muss. Diese Logik entspringt einem Überlegenheitsgefühl, das auf den europäischen Kolonialismus zurückgeht. In der weißen Allmachtsfantase vom Weltretten werden Schwarze Menschen beziehungsweise People of Color nicht als eigenständige Subjekte wahrgenommen, die ihr Leben selbst regeln können. Es wird ausgeblendet, dass die teilweise extremen Formen der Armut im Globalen Süden nicht auf die Unfähigkeit seiner Bewohner_innen zurückgeht, sondern auf die postkolonialen Machtverhältnisse im Kapitalismus. Diese strukturellen Probleme können nicht durch Freiwilligendienste gelöst werden.

Genau mit diesen Fantasien spielen aber so gut wie alle Organisationen,

die Auslandsaufenthalte für Europäer_innen im Globalen Süden anbieten, kritisiert Herbst: „Sie arbeiten mit klassischen kolonialen Bildern auf ihren Homepages. Auf den Fotos wird beispielsweise ein weißer Freiwilliger mit einem Buch inmitten von Schwarzen Kindern abgebildet – eine klassische koloniale Ästhetik. Das ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses, in dem der Globale Süden als andersartig dargestellt wird und als Objekt, das unserer Hilfe bedarf. Die Motivation der Freiwilligen wird damit bestätigt: zu helfen, die Welt zu verändern und aus einer erhabenen Position heraus bestimmen zu können, wer Hilfe braucht und wie diese Hilfe auszusehen hat.“

... UND DER REALITÄT. Die Erkenntnis, dass es doch nicht so einfach ist, die Welt zu retten, machen viele Freiwillige dann im Laufe ihrer Zeit im Ausland. Natalie, 28 und Lehramtsstudentin, war vor dem Studium fünf Monate in Ecuador. Unter anderem half sie einer alten Frau bei der Arbeit auf dem Feld, einer Schule beim Pflanzen von Bäumen im Schulhof und einer Sozialarbeiterin bei der Projektdokumentation. „Ich und die anderen Freiwilligen haben den Leuten bei alltäglichen Dingen geholfen, aber das hätten sie auch ohne uns geschafft“, erzählt Natalie. Heute sieht sie ihren Freiwilligendienst als eine Form von Tourismus. Da-

mals war das anders: „Ich bin mit der Erwartung in die Projekte gegangen, etwas Sinnvolles machen zu können.“ Geholfen hat der Freiwilligendienst vor allem ihr selbst: „Ich bin kurz nach der Schule nach Ecuador gegangen und habe dort viel an Selbstverantwortung mitgenommen.“

Till ist heute 24 und studiert Internationale Entwicklung. Mit 19 Jahren war er zwölf Monate in Ruanda, wo er bei der Umweltorganisation ACNR arbeitete. Er war dort Bürokraft und Ansprechperson für Projektpartner_innen. Gemeinsam mit sogenannten Nature Clubs in Schulen in Kigali hielt er Seminare zu ökologischer Landwirtschaft. Dabei wurde ihm bewusst, dass er eigentlich sehr wenig Ahnung vom Thema hatte. „Bis auf mich und den zweiten Freiwilligen aus Deutschland haben in der Organisation nur Ruander_innen gearbeitet, die alle viel mehr Plan hatten. Das ist eigentlich eine ganz banale Erkenntnis, dass Leute, die das studiert haben, viel kompetenter sind als Leute, die gerade das Abitur gemacht haben.“ Würde Till das heute wieder machen, dann nur mit einer zumindest teilweise abgeschlossenen Ausbildung oder mit einem konkreten Plan, was er arbeiten will und wie er das umsetzen kann.

Dass der Einsatz im Ausland vor allem ein Lernfeld für die Freiwilligen

selbst ist, wird ihnen kaum vermittelt, kritisiert Jana Herbst. Wenn sie davon erzählt, spricht sie nicht nur von den Freiwilligen in ihren Vor- und Nachbereitungseminaren, sondern auch von sich selbst. Auch sie hat vor dem Studium Freiwilligendienst, in einem Kinderfreizeitzentrum in Honduras geleistet. Heute sieht sie ihre damalige Motivation sehr kritisch: „Ich wollte helfen, die Welt zu verändern und hatte ein sehr exotisierendes Bild von den Menschen in Honduras. Als ich dann dort war, habe ich gemerkt, dass ich nicht viel verändern kann, dass ich nicht einmal eine pädagogische Ausbildung habe und dass – umgekehrt – ich die Unterstützung der Menschen dort brauchte, um mich zurechtzufinden, die Sprache zu lernen und so weiter.“ Diese Erfahrung stoße bei einigen Freiwilligen einen Prozess der Auseinandersetzung mit den eigenen Rassismen und weißen Privilegien an, erklärt die Trainerin. „Sie haben nicht die Welt verändert und es ging darum, dass sie selbst Hilfe brauchten. Sie erkennen, dass sie selbst sehr viel nehmen mussten und gar nicht so viel geben konnten, wie sie sich vielleicht gewünscht hätten.“

Jana Herbst kritisiert, dass koloniale Kontinuitäten und Rassismus bei den meisten Organisationen in der Vor- und Nachbereitung aber kaum Thema sind. „Es spricht nichts dagegen, ein freiwilliges soziales Jahr zu machen. Aber muss es in diesem kolonialen Setting sein? Die Frage ist, woher der Wunsch kommt, es im Globalen Süden zu machen, und was das reproduziert. Ich kann mich ja auch im europäischen Ausland engagieren“, merkt die Trainerin an.

Auch Oleksandr hat sich während seinem Freiwilligendienst gefragt: „Warum ist hier der Bedarf nach einem ausländischen Freiwilligen? Ich habe oft nicht gewusst, was von mir erwartet wird.“ Der 23-Jährige, der heute in Kharkiv (Ukraine) im IT-Bereich arbeitet, hat vor zwei Jahren seinen neunmonatigen Freiwilligendienst bei Lužánky, einem Freizeitzentrum für Kinder in Tschechien, angetreten. Dort hat er Workshops abgehalten, Veranstaltungen organisiert und beim Buffet

geholfen. Die Arbeit mit Kindern war für ihn neu und die Sprache musste er erst lernen.

AUSTAUSCH AUF AUGENHÖHE?

Auch bei einer guten Vor- und Nachbereitung der Freiwilligenarbeit bleibt die Ungleichheit bestehen. Die europäischen Freiwilligen im Globalen Süden befinden sich in einer privilegierten Situation. „Aus Mitteleuropa werden jährlich tausende Freiwillige entsendet. Das wäre umgekehrt nie möglich. Das ist ein massives Ungleichgewicht und eine machtvolle Position“, erklärt Jana Herbst.

Das schlägt sich auch in den Werbebildern nieder: Welche Organisation wirbt mit Fotos, auf denen eine Freiwillige aus Kolumbien oder Nigeria in einem österreichischen Kindergarten von lächelnden weißen Kindern

umringt wird? Nur wenige Organisationen bieten Freiwilligendienste in Europa für Menschen aus Asien, Lateinamerika oder Afrika an. Hinzu kommt die EU-Aufenthaltspolitik, die Menschen zahlreiche Barrieren in den Weg legt, wenn sie im Schengenraum Freiwilligenarbeit leisten wollen. Globale Bewegungsfreiheit gibt es nur für einen bestimmten Teil der Menschheit. Viele junge Menschen engagieren sich sozial, die Möglichkeiten, das auf anderen Kontinenten zu tun, haben aber nur wenige.

Oleksandr kommt zwar auch aus Europa, aber nicht aus der EU. Für ihn war es schwieriger als für Natalie und Till, sich einen Freiwilligendienst zu organisieren. Auf die Frage, warum er sich für EVS (European Voluntary Service) entschieden hat, um einen Freiwilligendienst zu machen, meint

er: „Ehrlich gesagt war es die einzige Option. Es gibt nicht viele Möglichkeiten für Menschen aus Drittstaaten, vor allem wenn du nicht aus einer reichen Familie kommst. Der EVS ist der einzige Freiwilligendienst, der dir die Möglichkeit gibt, ein Jahr im Ausland zu verbringen, und die Kosten dafür übernimmt.“ Leider gibt es kaum solche Angebote, die sowohl auf die koloniale Logik verzichten als auch für die Finanzierung sorgen. Auch Till musste die Kosten für sein Jahr in Ruanda nicht übernehmen. Einen Teil konnte er über einen Förderkreis aufstellen. Drei Viertel wurden vom deutschen Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übernommen, denn in Deutschland gibt es „weltwärts“, ein staatliches Förderprogramm für Freiwilligeneinsätze. Dieses fördert auch den Verein Solivol, mit dem Till nach Ruanda ging und der sich für eine Nord-Süd-Kooperation zur nachhaltigen Energiegewinnung einsetzt.

Ein entsprechendes Förderprogramm gibt es in Österreich nicht. Natalie ging über die österreichische Entsende-Organisation „Grenzenlos“ nach Ecuador und musste die Kosten ihres Auslandsaufenthalts selbst übernehmen. Das begünstigt junge Menschen aus gutsituierten Familien. Positiv an „Grenzenlos“ ist, dass es einen gegenseitigen Austausch zumindest anbietet und internationale Freiwillige nach Österreich kommen können, erklärt Jana Herbst. In Deutschland wurde nach massiver Kritik an „weltwärts“ das Programm „weltwärts-Reverse“ eingeführt, in dem internationale Freiwillige nach Deutschland kommen können. Allerdings wird „weltwärts-Reverse“ in weit geringerem Ausmaß gefördert. Von einem gegenseitigen Austausch auf gleicher Augenhöhe ohne Rassismus und koloniale Kontinuitäten sind Freiwilligendienste also noch weit entfernt.

Katharina Gruber hat Politikwissenschaft in Wien studiert und ist in der Jugendarbeit sowie als freie Journalistin tätig.



Wer zu stark brennt, brennt aus

Aktivist_innen stecken Zeit, Arbeit und eventuell auch Geld in die Realisierung von Projekten und Veränderungen. Doch manchmal geben sie zu viel, um die Welt zu retten. *progress* hat mit Aktivist_innen über Burnout, Überlastung und fehlende Anerkennung gesprochen.



Mahriah, die hier lieber anonym bleiben möchte, berichtet über Prozesse und Repression, die Antifaschist_innen erfahren. Auf Twitter und Facebook teilt sie Infos über Abschiebungen und organisiert Treffen für Netzfeminist_innen, kurz: Mahriah ist politische Aktivistin. „Über einen Freund habe ich 2008 von den Prozessen gegen zehn Tierschützer_innen, die in U-Haft waren, erfahren. Der hat mich zum Landesgericht mitgenommen, das war meine erste Kundgebung. Seitdem bin ich aktiv.“ Für Mahriah gibt es immer was zu tun. Sie gründete *prozess.report* mit, organisiert das femcamp Wien mit, hält Verschlüsselungs- sowie Netzfeminismusworkshops, ist bei der Initiative für Netzfreiheit dabei und macht sonst noch „1.000 andere Dinge“. Irgendwann wurde ihr jedoch alles und „1.000 andere Dinge“ zu viel. „Ich habe lange nicht gemerkt, dass ich an einem Burnout leide.“

Julia Freidl vom Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung (BV) begann ihr Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien. Politisch aktiv wurde sie, weil sie die Studieneingangsphase (StEOP) als unfair empfand und das ändern wollte. Als Teil des Vorsitzteams weiß sie, was Stress bedeutet und kennt auch das Gefühl der Überlastung. „Ich arbeite ehrenamtlich 60 Stunden in der Woche neben dem Studium. Gerade in der Prüfungszeit kann das sehr anstrengend werden.“

Aus Wut auf den Rassismus der schwarz-blauen Regierung und ihre konservativen Bildungspolitik ging Aaron Bruckmiller mit vierzehn zum ersten Mal auf eine Demonstration. Seitdem kämpft er „für eine andere, schönere Gesellschaft“ und ist heute bei der Interventionistischen Linken (iL) in Berlin und Blockupy aktiv. Dass Aktivist_innen

manchmal zu viel geben, liegt für ihn auf der Hand. „Wer wie ich ehrenamtlich und in außerparlamentarischen Gruppen aktiv ist, fühlt sich immer wieder überfordert. Schließlich müssen wir unsere politische Arbeit neben unserem Job, Studium oder unseren Kindern tun.“

Selbstaussbeutung in ehrenamtlichen Tätigkeiten ist keine Seltenheit. Lisa Tomaschek-Habrina vom Institut für Burnout und Stressmanagement weiß, dass das ehrenamtliche Engagement seine Tücken hat. Nicht nur, weil der monetäre Ausgleich fehlt: „Wenn das Arbeitsaufkommen mit den Ressourcen im Gleichgewicht ist, kann man ein Ehrenamt Jahrzehnte lang machen, ohne dass etwas passiert. Kippt diese Waage und die Belastung überwiegt, kann man es mit den eigenen Ressourcen nicht mehr ausgleichen.“

DICKE HAUT. Im politischen Aktivismus bereitet Abgrenzung oft besondere Schwierigkeiten: Man steht mit seinem Gesicht und Namen für eine Sache, das Engagement ist Sinnbild persönlicher Hoffnung. Reagierten das politische System und die Öffentlichkeit gar nicht oder negativ auf den eigenen Einsatz, trifft das direkt ins Mark des_r Engagierten. Julia Freidl kennt es, dass Anerkennung und Wertschätzung ausbleiben oder gar negative Rückmeldungen sie erreichen. Als Mitglied des Vorsitzteams der ÖH steht sie genauso wie die anderen Mitglieder des Teams nicht selten unter Kritik von Seiten Studierender, Medien oder auch politischer Fraktionen. „Man lässt sich eine dicke Haut wachsen. Aber leicht ist es nicht. Nicht alles, was du tust, bekommen alle Studierenden automatisch mit.“

Eine besondere Möglichkeit, die eigene politische Arbeit sichtbar zu machen, bietet das Internet. Laut Christopher Hubatschke, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien, ist es nicht verwunderlich, dass Aktivist_innen das Medium Internet früh für sich entdeckt haben. „Politischer Widerstand hat sich quer durch die Geschichte dadurch ausgezeichnet die neusten Technologien zu vereinnahmen. Schließlich geht es um die Verbreitung von Information und Gegenöffentlichkeit. Das Internet eignet sich besonders gut, um die eigene Position darzustellen und Solidarität aufzubauen.“

Mahriah benutzt seit Beginn ihrer politischen Arbeit Twitter und Facebook und würde sich auch als Netzaktivistin bezeichnen. Das erste, was sie nach dem Aufwachen – noch vor einem Kaffee – tut, ist ihre Mails zu checken. Aktivismus und Internet gehen für Mahriah Hand in Hand.

TOPFHOTLINE. Christopher Hubatschke setzt sich in seiner Dissertation theoretisch mit Protest- und sozialen Bewegungen in Verbindung mit neuen Technologien auseinander. Da er aber auch bei *#unibrennt* dabei war, kennt er auch die praktische Seite. Er schwärmt von den Möglichkeiten, die das Internet bietet, um Aktivismus vor Ort zu unterstützen. „In der Volksküche hat uns mal ein Topf gefehlt. Wir haben das auf unseren Social-Media-Kanälen gepostet. Innerhalb von 20 Minuten hat uns jemand einen Topf vorbeigebracht.“ Vor der Allmachtfantasie, dass das Internet von selbst Demokratie und Freiheit bringen würde, warnt Hubatschke jedoch. „Auch im Netz müssen Strukturen, Organisation und Kommunikationswege von Aktivist_innen aufgebaut werden.“

In Zeiten von Blogs, Social Networks und anderen Wortmeldeplattformen braucht man nicht mehr unbedingt auf die Straßen zu gehen, um etwas zu bewirken. Ein Klick, Like oder Post lässt sich bequem vom Smartphone absenden und schon kann man sich zum Team Weltrettung zählen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Onlineaktivismus ist wesentlich kostengünstiger. Er ist spontan, schnell und nicht an Raum und Zeit gebunden. Jede_r kann. Immer. Von überall.

Mahriah weist auf die Besonderheit des Internets hin, als Aktivist_in rund um die Uhr etwas tun zu können. „Wenn andere Leute schlafen gehen, gibt es tausend andere Leute, die gerade was tun. Du kannst dich gut beschäftigen und das lenkt auch effektiv vom Burnout ab.“ Auf die Frage, wie viele Stunden sie vor dem Computer verbringt, kann sie keine eindeutige Antwort geben. „Es ist sehr schwer für mich einzuschätzen. Seitdem ich mein Smartphone habe, bin ich rund um die Uhr online.“

ENEMY'S WATCHING. Sich oft und viel im Netz zu bewegen bedarf auch etwas an Vorsicht. Die Gesetzeslage bezüglich Onlineaktivismus ist nach wie vor uneindeutig. So etwas wie Demonstrationsrecht wird nicht gesichert. Die Blockade von Webseiten kann, muss aber keine Folgen nach sich ziehen. Hubatschke, Aaron und Mahriah wissen, dass es als Onlineaktivist_in notwendig ist, sich vor staatlicher Repression und Überwachung zu schützen. „Es ist klar, dass die Polizei auf Twitter und Co mitliest. Man versucht sich zu schützen, indem man nicht jede Information teilt oder nicht unter dem Klarnamen postet. Ich versuche egal welche Information verschlüsselt zu senden“, sagt Mahriah.

Aber auch im Sinne der Selbstaubeutung und Verletzlichkeit bringt der Cyberaktivismus Nachteile. So können Hassmails und Shitstorm können persönlicher und kräftiger auf eine_n niederpeitschen. „Als Blockupy-Pressesprecher habe ich ein paar Fernsehinterviews gegeben, die zu einem kleinen Shitstorm im Internet führten. Neben Morddrohungen erreichten mich Empfehlungen nach Nordkorea, zum IS oder in einen PR-Kurs zu gehen. Als ich das zum ersten Mal las, musste ich mehrmals schlucken.“, erzählt Aaron. Die Unmittelbarkeit verlangt prompte Reaktionen bei gleichzeitigem Mangel an Schutz und Struktur. Für Mahriah ist es besonders schwierig, sich aus Onlinediskursen auszuklinken oder mal das Handy abzuschalten.

I'M A CREEP. Für das Ausbrennen spielen neben privaten Belastungen auch Persönlichkeitsfaktoren eine ebenso große Rolle. Gefährdet, sich für eine Sache bis zur Erschöpfung zu verausgaben, sind vor allem Menschen, die nicht wissen, wann „perfekt“ perfekt genug ist, oder alle Aufgaben stets sofort erfüllen möchten. Gerade im Bereich des politischen Engagements, das 24 Stunden am Tag einnehmen kann und wo Geschehnisse oft eine sofortige Reaktion verlangen, ist ein Vertagen auf morgen, das oftmals gesundheitsfördernd wäre, nicht möglich.

Auch für Mahriah ist es nicht leicht, sich auszuklinken. „Mir fällt es ehrlich gesagt sehr schwer, mal eine Pause zu machen. Allein wie viel Zeit wir in den letzten Monaten, in denen wir *prozess.report* gegründet haben, investiert haben. Wir waren ständig in Gerichtssälen, sind von einem Prozess zum nächsten und haben uns keine Pause gegönnt. Das hat auch zu dem Burnout geführt, an dem ich gerade arbeite.“ Die Erschöpfung kann sich dann

auf körperlicher und geistiger Ebene manifestieren, erklärt Tomaschek-Habrina. Von Beschwerden im Verdauungstrakt über Konzentrationsschwierigkeiten bis hin zu depressiven Stimmungen oder Angstzuständen reichen die Symptome einer Überlastung.

Nach einer Zeit der intensiven Prozessberichterstattung bemerkte Mahriah, dass sie nicht mehr so fit war und immer häufiger krank wurde. Auch fiel ihr auf, dass sie weniger schaffte als früher. „Ich war phasenweise eher erschöpft. Dann hab ich eine Pause gemacht, aber ich hab das nie als Burnout anerkannt, sondern hab' mir gedacht, ich hab's etwas übertrieben. Ich habe mir zwar nach den Urteilen eine Auszeit gegönnt, aber das hat nicht ausgereicht.“ Erst durch viele Gespräche mit anderen Aktivist_innen, die auch ein Burnout durchmachen oder durchgemacht haben, konnte sie ihren Schwierigkeiten einen Namen geben: Burnout.

POLITISCHE HERZEN. Laut Tomaschek-Habrina ist es wichtig, Warnsignale früh genug zu erkennen und für sich selbst zu sorgen: mittels ausreichender Bewegung, Entspannung, guter Ernährung, Psychohygiene und sozialen Kontakten. Für Mahriah sind es vor allem Freund_innen aus dem Netz, die sie auffangen und von denen sie sich Unterstützung holen kann. „In Wien kann man beim Netzfeministischen Bier oder femcamp über Hasspostings oder solche Dinge reden. Der Vorteil vom Netzaktivismus ist ja: Wenn man es gerade nicht schafft, kann man das Internet abschalten. Aber dann ist man nicht mehr Teil des Diskurses. Das fällt mir manchmal schwer. Aber es funktioniert ganz gut, um sich wieder Energie zu holen.“ Aaron nimmt sich auch mal eine Auszeit vom Aktivismus: „Wenn ich mich ausgebrannt fühle, schiebe ich alles von mir, treffe mich mit netten Leuten, gehe tanzen, schaue stundenlang Serien oder lese ein gutes Buch.“

Auf Mahriahs Laptop klebt ein Sticker, auf dem steht: „Unsere Herzen sind politisch.“ Ob sie schon mal daran gedacht hat, ihre Aktivist_innenarbeit aufzugeben? „Nein! Es macht natürlich auch sehr viel Spaß, auch wenn es frustriert. Man lernt tolle Menschen kennen und man macht Erfahrungen. Ich liebe ihn einfach, den Aktivismus. Ich könnte mir das gar nicht vorstellen, diese Arbeit zu beenden.“ Auch Julia möchte ihre Erfahrungen, auch wenn es mal frustrierend ist, nicht missen. Für Aaron muss Aktivismus aber irgendwann ohne Selbstaubeutung möglich sein: „Kein Aktivismus ist auch keine Lösung. Wir kämpfen gegen die Grobheit des Kapitalismus und für eine zärtliche Gesellschaft. Dieser Kampf schließt den zärtlichen Umgang mit sich selbst ein.“

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Universität Wien.

Alisa Vogt studiert Psychologie und Germanistik an der Universität Wien.

Corporate Social Irresponsibility

Mit Corporate Social Responsibility versuchen Unternehmen sich ein soziales oder grünes Image zu geben. Die Grenzen zum Greenwashing sind fließend.

„Hamburg tankt grünen Strom!“ So warb der Stromkonzern Vattenfall 2011 an etlichen Bushaltestellen in der Hansestadt. Ziel dieser Aktion war es, als umweltfreundlicher Konzern wahrgenommen zu werden. Bald klebten Warnschilder mit der Aufschrift „Vorsicht Greenwashing“ auf den Werbetafeln. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte Vattenfall entlarvt, der „grüne“ Strom stammte mehrheitlich aus klimaschädlichen Kohlekraftwerken.

Doch nicht jedes Unternehmen macht falsche Versprechungen. Tatsächlich ist heutzutage das Übernehmen von sogenannter „gesellschaftlicher Verantwortung“ oder Corporate Social Responsibility (CSR) für viele Unternehmen wichtig, zumindest wenn man Leitlinien und Webseiten glauben will. CSR kann rein philanthropisch sein, zum Beispiel in Form von Unternehmensstiftungen. Die integrativen oder innovativen CSR-Richtungen versuchen unter Eingliederung verschiedener Interessensgruppen umweltfreundliche und soziale Werte im Unternehmen und seinen Produkten zu verankern. Ein Paradebeispiel für aufrichtige CSR soll der Softwaregigant Microsoft sein. Das CSR-Magazin *thecro.com* bescheinigt dem Unternehmen eine Vorreiterrolle im Hinblick auf Klimaschutz, Menschenrechte, Mitarbeiter_innenzufriedenheit und Philanthropie.

Kritik erfährt CSR sowohl von neoliberaler als auch von linker Seite. Während neoliberale Denker_innen wie Milton Friedman unter dem Motto „the business of business is business“ abstreiten, dass Unternehmen auch eine andere Verpflichtung haben könnten als Profite einzufahren, wird von linker Seite gerne kritisiert, dass CSR nur eine Marketingstrategie sei, um angeschlagene Unternehmensimages aufzupolieren.

Die Grenzen zwischen CSR und Greenwashing sind oft fließend, wobei Greenwashing sich immer auf falsche Aussagen stützt, um als fair, umweltbewusst oder klimaschützend wahrgenommen zu werden. Greenpeace versucht schon seit Jahren, Greenwashing aufzudecken und die Öffentlichkeit über falsche Aussagen von Unternehmen aufzuklären. Beispielsweise haben sie in den letzten Jahren gegen VW und McDonalds propagiert. VW hatte mit „grüner“ Herstellung geworben, dabei hat die Produktion Klimaschutzgesetze missachtet. McDonalds warb zwar mit dem Nachhaltigkeitsgedanken, verwendete



aber Fleisch aus Massentierhaltung und von Hühnern, die mit GMO-Soja gefüttert wurden.

TRITTBRETTFAHREN. Die Motive von Unternehmen, Greenwashing zu betreiben, sind für Reinhard Steurer, Politikwissenschaftler an der Universität für Bodenkultur, klar: „Mit einem Wort: Trittbrettfahren. Firmen erhoffen sich Image-Gewinne, ohne dafür entsprechende Leistungen erbringen zu müssen. Das kann nur funktionieren, wenn andere Firmen CSR ernst nehmen und es für Konsument_innen nicht einfach ist, zwischen seriöser CSR und Greenwashing zu unterscheiden.“

Auch eine Kurzstudie von Ulrich Müller für die NGO LobbyControl findet gute Gründe für Unternehmen, sich einen „grünen“ Anstrich zu geben. Es soll in erster Linie nicht darum gehen, den Umsatz zu steigern, dafür seien spezifische Marketingmaßnahmen passender. Vielmehr liegen die Motive bei einer Bereinigung des Images. Umstrittene Vertriebsabläufe sollen akzeptabler wirken. Außerdem versuchen Unternehmen, neue gesetzliche Regulierungen zu verhindern, indem sie den Gesetzgeber_innen das Bild vermitteln, Umweltprobleme selbst lösen zu wollen. Darüber hinaus wissen Unternehmensmanager_in-

nen, dass eine umweltbewusste Unternehmensphilosophie staatliche Subventionen mitbringen kann. „Sie wissen, dass sie etwas verändern müssen – sie wollen nur nicht selber dafür bezahlen“, so Müller.

Teilweise hängt der Erfolg von Greenwashing aber auch damit zusammen, inwieweit die Gesellschaft an gewissen Praktiken interessiert ist. „Besteht wenig Interesse an der Thematik, kann Greenwashing im Sinne des Unternehmens funktionieren. Wenn sich Branchenvertretungen symbolisch mit CSR beschäftigen, dann kann das sogar für ganze Branchen funktionieren. Oft ist es allerdings eine Frage der Zeit, bis Greenwashing auffliegt – dann kann der Imageschaden groß sein, weil man ja als Trittbrettfahrer_in entlarvt wurde“, so Steurer.

PROFITE STATT BÄUME. Verbraucher_innenverbände versuchen über Werbelügen und Greenwashing Transparenz zu schaffen. Zum Beispiel kürt die Website *foodwatch.org* jedes Jahr die Gewinner_innen des „Goldenen Windbeutel“. 2014 waren Firmen wie Nestlé, Coca-Cola und Unilever nominiert. Um nicht auf Greenwashing reinzufallen, müssten Konsument_innen sich also vor dem Kauf jeglicher Produkte schlau machen. Auch Reinhold Steurer findet diese Vorstellung eher unrealistisch: „Wir treffen wöchentlich so viele Kaufentscheidungen, dass es schwer ist, sich im Detail mit jedem Produkt zu beschäftigen. Aus diesem Grund sind verlässliche und klare Labels so wichtig: Sie sollen den CSR-Markt transparenter machen und Greenwashing verhindern. Problematisch wird es dann, wenn von Regierungen zugelassen wird, dass mit irreführenden Labels oder Produktbezeichnungen Greenwashing betrieben wird. Labels verlieren dann ihre primäre Funktion: Transparenz wird auf diese Weise zerstört – und Trittbrettfahren gefördert.“

Manche Unternehmen engagieren sich also ernsthaft, andere profitieren von schwammigen Werbebotschaften und versuchen den Trend für sich zu nutzen – zumindest bis derartige Praktiken reguliert werden. Im Zweifelsfall gilt das größte Engagement den eigenen Shareholder_innen. Die wollen nur selten die Umwelt, dafür umso mehr ihre Profite retten.

Atahan Demirel studiert Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien.

FEUILLETON

Mozart, Schnitzel, Haider

Nach seinem Tod wurde Jörg Haider zum Mythos, an dem sich Österreich noch heute abarbeitet. Für ihren Film „Fang den Haider“ begab sich die belgische Filmemacherin Nathalie Borgers auf Spurensuche.

progress: Sie sind gebürtige Belgierin und kamen um 2000 nach Österreich. Zu diesem Zeitpunkt konnten Sie den Wahlerfolg der FPÖ unter Jörg Haider und die anschließende ÖVP-FPÖ-Koalition miterleben. Welchen Eindruck hatten Sie von Österreich?

Nathalie Borgers: Bevor ich nach Österreich gekommen war, hatte ich fünf Jahre in Amerika gelebt. Der Wechsel vom liberalen San Francisco zum konservativen Wien war für mich wie ein Schlag auf den Kopf. Ich habe mich damals erkundigt und erfahren, dass Österreich seine politische Vergangenheit nie aufgearbeitet hat. Und dann kommt so ein charismatischer Politiker wie Jörg Haider daher. Da hat man schon ein bisschen Angst.

Wie kommt es, dass einem verstorbenen Landeshauptmann eines kleinen Bundeslandes weit über die Landesgrenzen hinaus eine derartige Popularität zuteil wird?

Jörg Haider war seit der Mozartkugel die einzige Neuigkeit aus Österreich. Österreich ist ein Land, das sich über seine Vergangenheit verkauft. Und natürlich ist er wegen seiner unfassbaren Aussagen über das Dritte Reich international bekannt geworden.

13 Jahre nach Ihrem Österreichaufenthalt kehrten Sie zurück, um eine Doku aus einer Außenperspektive zu machen. Sie erwähnen, dass Sie Haider nie persönlich begegnen wollten. Warum?

Ein Porträt von Jörg Haider wäre schon im Jahr 2000 möglich gewesen, weil er gerade an die Macht gekommen war. Ich weiß nicht, ob ich mich damals wirklich distanzieren hätte können. Jörg Haider war eine energiegeladene, verführerische Persönlichkeit, der ich mich nicht annähern hätte wollen.

Mit wenigen Ausnahmen sind es vor allem Familienmitglieder, WegbegleiterInnen und VerehrerInnen, die im Film zu Wort kommen. War es schwer, auch kritische Stimmen zu finden?

Das war eine bewusste Entscheidung. Kritische Menschen, mit denen ich reden hätte können, hätte ich genug gefunden. Es gab aber natürlich auch Menschen, die das nicht wollten. Das waren aber keine KritikerInnen, sondern Opfer. Also Menschen, die von Jörg Haider in Zeitungen verleumdet worden waren und deren Ruf ruiniert wurde. Diese Menschen haben sich geweigert, mit mir zu sprechen.

Politisches erfährt man von den ProtagonistInnen wenig, Persönliches viel. Ich weiß jetzt, dass Haider seinen Apfelstrudel ohne Rosinen bevor-



Foto: Chris Bauer

zugte. Was konnten Sie über den Politiker Jörg Haider in Erfahrung bringen?

Sein Plan war: weniger Staat, mehr Platz für ihn selbst. Natürlich bräuchte der Staat dringend Reformen, aber Gewerkschaften und Kammern abzuschaffen, wie Haiders FPÖ das wollte, ist nicht der richtige Weg. Denn wer Stück für Stück den Staat abschaffen möchte, schafft auch die Demokratie ab.

Sie haben auch das mittlerweile geschlossene Asylheim auf der Kärntner Saualm besucht – eine von jeglicher Infrastruktur abgeschottete „Sonderanstalt“ für AsylwerberInnen, die als „zu gefährlich für die Gesellschaft“ eingestuft wurden. Wie war es vor Ort?

Der Ort selbst ist wunderschön. Aber was nutzt einem eine schöne Landschaft, wenn man komplett abgekapselt ist? Die Hausbetreiberin hat mich durch das Heim geführt. Bei vielen ihrer Aussagen hatte ich Gänsehaut. Zum Beispiel meinte sie, dass man problematische Menschen entfernen müsse. Als Betreiberin dieses Hauses hat sie für die Unterbringung der AsylantInnen Geld bekommen und agierte möglichst kostensparend, indem sie nur verdorbenes Essen und kalte Duschen anbot.

In Ihrem Film haben Sie sich darauf konzentriert, das Leben von Jörg Haider nachzuzeichnen. Es heißt, zum Leben gehört auch immer der Tod. Die genauen Umstände seines Todes haben Sie

aber nicht thematisiert. War das eine bewusste Entscheidung?

Wenn Sie mit dieser Frage auf die Verschwörungstheorien anspielen, muss ich sagen, dass das für mich nicht so interessant ist. Es betrifft nur einen kleinen Teil der Menschen, die wirklich an diese Verschwörungstheorien glauben. Ich glaube, er war einfach alkoholisiert und deswegen ist er mit seinem Auto ausgerutscht.

Am rechten Rand ausgerutscht, wie Sie in Ihrem Film kommentieren.

Genau.

Obwohl Jörg Haider das Bundesland Kärnten mit der Hypo Alpe Adria und den damit verbundenen Haftungen in zweistelliger Milliardenhöhe in den Ruin getrieben hat, wird er noch heute wie ein Heiliger verehrt. Der Unfallort in Lambichl ist Trauer- und Pilgerstätte.

Sehr vielen Menschen ist das alles einfach nicht bewusst. Die KärntnerInnen haben von ihm in einer Aktion einmal 100 Euro bekommen und nicht bemerkt, wie diese 100 Euro graduell wieder in Form von Steuern und Abgaben von ihrem Konto weggegangen sind. Sie müssten sich wirklich fragen, warum sie auf solche Sachen hereinfallen, aber das tun sie nicht.

Mit Jörg Haider stand Europa am Anfang eines Rechtspopulismus, der mittlerweile in vielen europäischen Ländern salonfähig geworden ist. Warum verfallen Menschen solchen PolitikerInnen?

Immer, wenn in der Gesellschaft große Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System herrscht, kommt ein neuer Typ, der den Menschen erzählt, dass er alles retten wird. Und daran wollen die Menschen glauben. Ich denke, das ist ein sich wiederholender Zyklus.

Der Titel Ihres Filmes lautet „Fang den Haider“. Ist es Ihnen gelungen, Jörg Haider einzufangen?

Der Titel spielt darauf an, dass es gar nicht so einfach ist, ein Chamäleon wie Jörg Haider wirklich zu fangen. Ich denke, mir ist es gelungen, etwas vom System, aber nicht den Typ Jörg Haider einzufangen.

„Fang den Haider“

Regie: Nathalie Borgers

90 Minuten

ab 29. Mai im Kino

Sandra Schieder studiert Journalismus und Public Relations an der FH JOANNEUM in Graz.

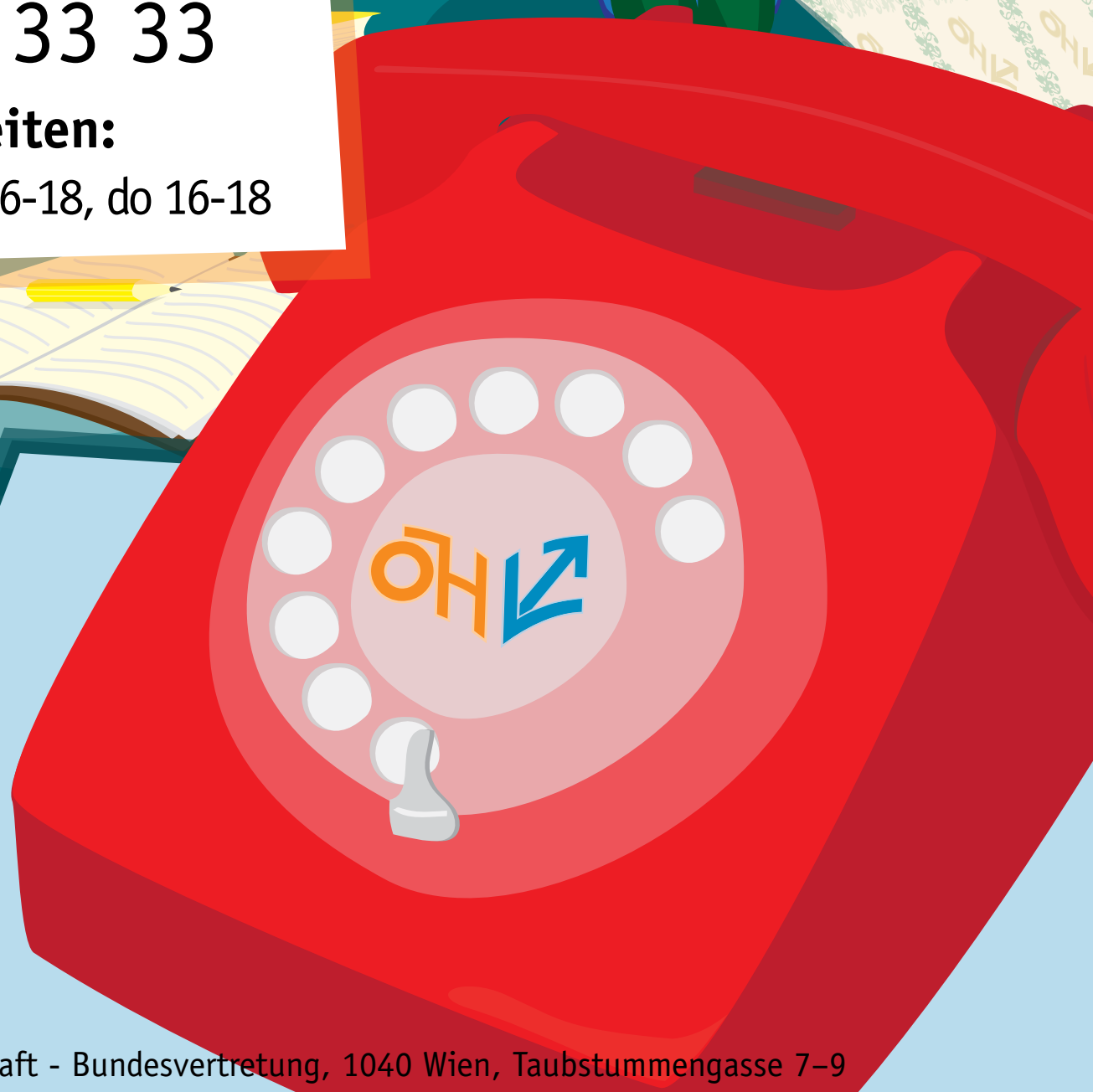


Help line

01/585 33 33

Beratungszeiten:

mo 15-18, mi 16-18, do 16-18



How I Defeated My Inner Macho

Aktivismus muss nicht immer nur große Gesten und Worte bestehen.
Manchmal reicht auch schon der Widerstand im Kleinen.

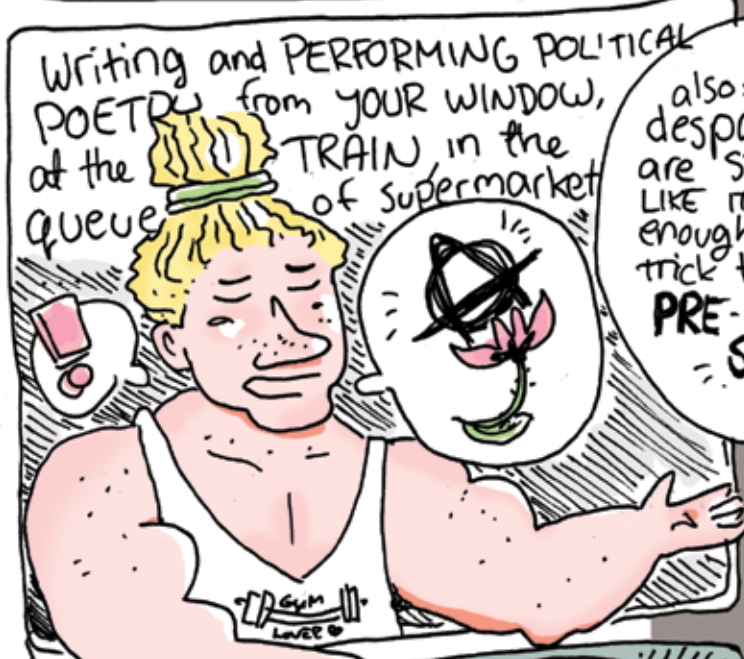


"SOME EXAMPLES"



DESIGNING and PRINTING OUT BODY POSITIVE LEAFLETS, STICKERS ...

then paying a VISIT to the ~~GOOD~~ FASHION CORPORATION, and sneaking a FEW LEAFLETS to a few POCKETS

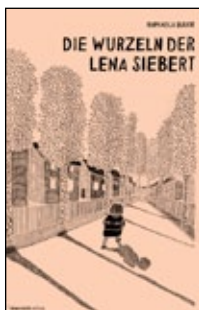


also: don't despair, if you are STILL FEELING LIKE it's just not enough - there's a trick to it. JUST.. PRE-WET your SHOES!!

SO MUCH HAIRSPRAY... WIND OF CHANGE!!



Henna Räsänen ist eine in Berlin lebende queer-feministische Comiczeichnerin, Kulturmanagerin und Zombie-Fan.

Comic-Rezension**ROAR!**

Die kleine 4-jährige Lena lebt bei ihrer Mama. Aber ihre Mama kann nicht richtig auf sie und sich selbst aufpassen, denn sie ist krank. Immer und überall vermutet sie Scientolog_innen, oder wie Lena sie nennt „Seintogen“, die sie bedrohen und verfolgen. Viel erfährt man nicht über den Hintergrund von

Lena und ihrer Mama. Offen bleibt zum Beispiel der Name der Krankheit von Lenas Mama, oder warum sie keinen Job, dafür eine Faszination für Amerika hat. Was man aber weiß, ist, dass ihre Mama vergisst einzukaufen, den Wohnungsschlüssel einzustecken und den Geburtstagskuchen aus dem Rohr zu nehmen. Immer wieder ist sie aggressiv gegenüber anderen Menschen wie Frau „Blöde Kuh“ Gehring

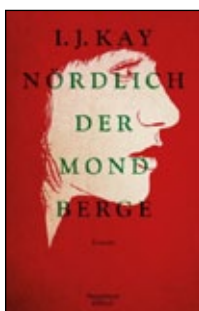
vom Jobcenter, „Wertloser Dreck“-Passant_innen auf der Straße oder „Abschaum“-Menschen vom Jugendamt.

Irgendwann eskaliert die Situation und Lenas Mama wird gegenüber einer Frau handgreiflich. Danach passiert alles schnell. Frau Siebert, Lenas Mama, wird in ihrer Wohnung verhaftet und mitgenommen. Lena muss bei den Polizisten bleiben bis sie Roswitha, ihre neue Pflegemutter, abholt. Bei ihren Pflegeeltern bekommt Lena ein Zimmer in einem Haus mit Garten und einen Bruder. Und doch kehrt nicht das Gefühl der Ruhe und der Erleichterung eines Happy Ends ein. Lena vermisst ihre Mama und vergisst sich auch nicht über eine klassisch bürgerliche Familienstruktur mit Bonbon-Pillen, einem abwesenden Ehemann/Vater und einer gedulden, aber überforderten Pflegemutter. Es gibt zwar unverkohlten Kuchen, Schule und Kakao, aber traurig ist Lena trotzdem.

Raphaela Buder schafft es in Grau-Weiß-Schwarz auf manchmal hellrosanem Hintergrund ein unstetes Leben aus der Perspektive eines Kindes zu skizzieren. Die weichen Bleistiftzeichnungen stehen im Kontrast zu den drastischen Erlebnissen. Und doch schafft Buder es durch die realistische Konkretheit ihrer Bilder den Schmerz, das Nicht-verstehen-Können und die Verwirrung Lenas aufs Papier zu bringen. „Die Wurzeln der Lena Siebert“ zeigt die Schwierigkeiten eines kleinen Mädchens, das auf sich selbst aufpasst, aber trotzdem ihre Mama lieb hat.

Raphaela Buder: „Die Wurzeln der Lena Siebert“ mairisch verlag, 128 Seiten, 14,90 Euro

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Universität Wien.

Buch-Rezension**HAUT DRAUF. UND REIN.**

Manche Bücher stürzen sich mit gefletschten Zähnen auf ihre Geschichten. Sie ringen souverän mit ihnen und präsentieren sich schließlich als überlegene Gewinnerin: blutverschmiert, zerzaust, genüsslich eine Siegeszigarre im Mundwinkel rauchend. „Nördlich der Mondberge“ ist so eins. Eine Frau um die 30 wird

nach zehn Jahren aus dem Gefängnis entlassen und versucht wieder auf die lädierten Beine zu kommen.

Weil ihr Leben von Chaos, Gewalt und der Egomane ihrer Mutter bestimmt war, ist das alles nicht so einfach. Darum fährt sie bei der ersten Gelegenheit nach Afrika, dem Sehnsuchtsort ihrer Kindheit, wo sie mit Speer bewaffnet als Kriegerin verkleidet durch die

Nachbar_innenschaft rannte und sich selbst rituelle Narben ins Gesicht ritzte. Mit einem Lineal.

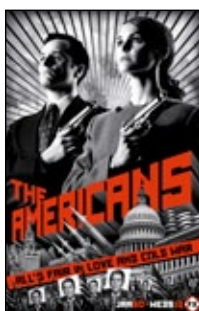
Das klingt nach tränendrüsigem Sozialdrama, ist aber keines. Dafür sorgen die zerstückelte Chronologie der Ereignisse, der Humor und die Dynamik der eigenwilligen Sprache. Es spricht eine Protagonistin mit vielen Namen, und je älter sie wird, desto weniger werden die verschluckten Silben und die verdrehte Grammatik. Ein Trick, der eine_n nie die zeitliche Orientierung verlieren lässt. Es zieht eine_n brachial in diese Erzählung und vor allem diese Person hinein, und das, obwohl Louise/Beverly/Dawn et cetera am Ende des Buches jede Menge Blut an den Händen klebt. Dafür ist ihr Blick auf die Menschen manchmal von bezaubernd liebevoller Nüchternheit: „Er lacht. Klingt wie was Schweres, was die Treppe runterfällt.“

Weder Opfer noch Engel noch Superheldin: Hier prügelt sich eine saucoule Frauenfigur durch die

Verhältnisse und lässt manchmal geschliffene Weisheiten raus, die den galoppierenden Lesefluss ruckartig zum Halten bringen. „Wenn ich nicht so sprechen würde, wie ich spreche, gäbe es mich gar nicht mehr.“ Egal, ob die Protagonistin einen Betrüger verdrischt (Aua!) oder ein Pferd aus einem Bungalow befreit, I.J. Kay hat Story und Struktur fest im Griff. Ein gesplitterter Roman über eine gesplitterte Person, aber jeder Splitter liegt dort, wo er hingehört.

I.J. Kay: „Nördlich der Mondberge“ Kiepenheuer & Witsch, 464 Seiten, 23,70 Euro erscheint am 11. 5. 2015

Dorothea Studthoff studierte Germanistik und Skandinavistik in Freiburg und betreibt das Blog „Hauptsache: fadengehtet“.

Serien-Rezension**MOMMY'S IN THE KGB**

Scurrile Perücken, aufgeklebte Bärte, zwielichtige Doppelagent_innen und viel Verführung: „The Americans“ hat wirklich alles, was eins sich von einem klassischen Spion_innenstück erwartet. Allerdings ist die von einem ehemaligen CIA-Agenten kreierte Show viel mehr als

ein klassischer (Polit-)Krimi. Wir haben es hier mit einem bedacht schreitenden Epos über Überzeugung, Vertrauen, das Erbringen von Opfern und dem Kalten Krieg zu tun. Die in den frühen 80ern angesiedelte Story handelt vom Leben der Jennings, eines Ehepaars, das zwar oberflächlich ein unscheinbares Vorstadtleben nahe Washington führt, des nächtens aber zu den absoluten Top-Spion_innen der Sowjetunion zählt. Als sich der neue Nachbar

der Jennings als FBI-Agent vorstellt, schauen wir als Zuseher_innen ganz genau auf die Gesichtszüge des Spion_innenpaares: Lassen sie sich etwas anmerken? Sind sie in Gefahr? Was nun? Die Kinder wissen schließlich auch nichts vom geheimen Leben ihrer Eltern.

Bei Schauplatzwechseln in Büros des FBI und des russischen Konsulats, wird schnell klar: „The Americans“ geht es nicht darum, die Spion_innen als kaltblütige Überlebenskünstler_innen darzustellen. Vielmehr haben alle Charaktere – ob Amerikaner_innen oder Russ_innen – ihre Stärken und, vor allem, Schwächen. Diese balancierte Darstellungsweise bei einem derart aufgeladenen Thema ist gerade für eine amerikanische Produktion beachtlich. Hinzu kommt eine unglaubliche Liebe zum Detail; Mode und Kulissen sind hypnotisierend glaubwürdig. Die Russ_innen sprechen echtes Russisch und die Einbettung in historische Ereignisse ist immer realistisch. Keri Russel (bekannt aus „Felicity“) brilliert

in der Rolle als Mutter, unerschütterliche Kämpferin für ihre Sache und, naja, allen anderen Rollen, die sie zwischendurch spielen muss – und führt damit schauspielerisch einen Cast voller Badass-Frauen an. Wie weit sind sie bereit zu gehen, um ihre Ziele zu erreichen?

Wegen der feingliedrigen Mischung aus Spannung, Zwischenmenschlichem, Politik und Moral ist „The Americans“ jedenfalls ein absolutes Muss. I'll just say it: Es ist besser als „House of Cards“. Verdammte, es ist das Beste seit „Breaking Bad“.

Joe Weisberg: „The Americans“ Twentieth Century Fox erste Staffel auf Netflix/DVD (15,99 Euro), zweite Staffel ab 19. 5. um 20:15 Uhr auf Sat.1, dritte Staffel auf Amazon Instant Video (2,49 bzw. 2,99 Euro pro Folge)

Olja Alvir studiert Physik und Germanistik an der Universität Wien.

DAS NICHTS ZWISCHEN AUFBRUCH UND STILLSTAND



Anja ist zuhause, auf dem Tisch vor ihr stapeln sich mit Post-its versehene Bücher für die längst überfällige Diplomarbeit. Nein, leider kann sie kommende Woche nicht zur Oma in die Berge fahren, die Arbeit drängt, da muss man Verständnis haben. In Omas Wohnung gibt es kein Internet.

Der Fokus wird auf eine schier unbewältigbare Aufgabe gelegt, deren Fertigstellung dem Leben Sinn verleihen soll. Anja wird bald 28, da muss man das erledigt haben, findet die Mutter am Festnetztelefon. Die hat ihre Arbeit auch eingebracht, damals, trotz Kleinkind. Anja weiß nicht, wofür sie diesen Abschluss braucht. Ihren Job hat sie gekündigt.

Habe ich das Richtige studiert? Was passiert, wenn ich fertig werde? Caspar Pfaundler fängt in seinem Film „Gehen am Strand“ das Nichts zwischen Aufbruch und Stillstand ein, das so selten thematisiert wird. Menschen denken, arbeiten, vollenden. Anja sitzt, zweifelt, wartet. Die Tage vergehen ohne Veränderung. Die Studentin steht in der Mittagshitze am Fenster und beobachtet den Himmel, manchmal verabredet sie sich mit einem Mann, dessen Unentschlossenheit dem ohnehin reichlich tristen Szenario zusätzliche Schwere verleiht.

„Gehen am Strand“ ist mehr als das Festhalten einer trotz allem privilegierten Existenz. Durch die unaufgeregte Kameraführung schafft der Film ein Abbild Wiens. Torten im Café Aida. Alte Münztelefone in Seitengassen. Zuseher_innen erleben den Charme des Schwedenplatzes, mitsamt den zufriedenen eisschleckenden Menschen, neben denen Anja wie ein Alien wirkt. Ja, da sind Anzeichen einer psychischen Erkrankung, aber warum muss es genau sie treffen? Andere haben das vor ihr geschafft, da ist nichts dabei.

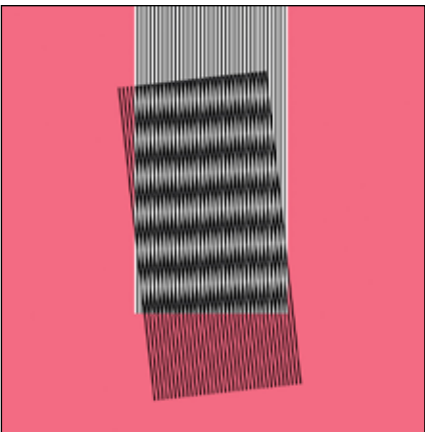
Elisabeth Umlauf verkörpert in ihrer ersten Filmrolle eine bedrückte Frau, die nicht aus ihrer Haut kann. Die das möchte, was ihr von Familie und Freund_innen eingeredet wurde. Was macht es aus, das einfache Sein? Der Film lebt von den dunklen, leisen Momenten, die jede_r kennt. Das Aufschlagen der ersten Seite. Das Hochfahren des Laptops. Das Warten auf den Anruf eines geliebten Menschen. Die Enttäuschung über den Umweg, der nicht immer automatisch dahin führt, wo man ursprünglich vorhatte unbeschadet anzukommen.

„Gehen am Strand“
Regie und Drehbuch: Caspar Pfaundler
112 Minuten

Bianca Xenia Mayer studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

Zweimal hingehört

HOT CHIP „WHY MAKE SENSE?“



ein, der vielleicht als Metapher für das Album gelesen werden kann: „I got something for your mind, body and your soul“. Die Release haben „Hot Chip“ wohlweislich an den Anfang des Sommers gelegt.

KATJA: Um sich den Sound und die Ästhetik von Hot Chip vorzustellen, ist es sehr dienlich, Walter White vor dem inneren Auge zu haben. Man stelle sich vor, er wäre nicht zufällig auf die Idee gekommen, Drogen herzustellen, weil er Chemielehrer war, sondern er hätte eine Band gegründet, weil er Musik unterrichtet hat. Mit einem Mix aus konservativ, intellektuell und größenwahnsinnig gelingt es Hot Chip seit 2000 immer wieder, spannende und gewöhnungsbedürftige Alben aufzunehmen, die entweder sofort zünden oder sich erst beim fünften Hördurchgang erschließen und eine_n dann nicht mehr loslassen. Mit „Why Make Sense?“ ist dies erneut geglückt. Manchmal wirkt ein Track so funky wie ein Stück Holz, doch gegen jede Erwartung muss man nach wenigen Momenten mitsummen. In jeder Ritze steckt Harmonie, auch wenn es kantig und klobig wirkt. Das Tempo der bisherigen Alben haben Hot Chip ein bisschen zurückgeschraubt, dafür treten sie ein wenig gradliniger auf. Am Ende des Albums – beim titelgebenden „Why Make Sense?“ – klingen sie fast wie eine ungefilterte, pure Liveband.

MARIE: Die Londoner Band Hot Chip lässt uns ab 18. Mai wieder unsere Sportkleidung auspacken und hysterisch zu ihren Synthklängen und Electrobeats herumhüpfen. Denn dann erscheint „Why Make Sense?“, das neue Album. Das letzte, 2012 erschienene Album, „In Our Heads“, hieß nicht ohne Grund so, denn zu den erwachseneren und introvertierteren Klängen ließen sich zwar schon die Hüften schwingen, das aber um einiges nachdenklicher. Neue Platte, neues Glück: Hier darf wieder wilder getanzt werden, wenn man dem neuen Demosong als Vorboten vertrauen schenken kann; „hey yeah“ quiekt eine Stimme frenetisch ins Mikrofon. Während im Video vor allem Lichter zu sehen sind, in denen diffuse Schatten herumwirbeln, säuselt die Kopfstimme von Alexis Taylor zu Electro und Synthorgel-Akkorden. Irgendwann stimmt eine Sprechstimme mit einem kurzen Text

MATT AND KIM „NEW GLOW“



dann weiter bis zum letzten Lied. „I See Ya“ ist der obligatorisch traurige Schluss-Song. Schnulzig wird hier „I miss you“ zwischen pseudo-deepen Herzschmerzlyrics gewiebert. Endlich ist die Kindergeburtstagsparty vorbei. Endlich dürfen alle heimgehen.

KATJA: Es gibt wohl kaum ein sympathischeres Musiker_innenpaar als Matt and Kim. Das Video zu „Lessons Learned“, in dem sie nackt auf dem Times Square in New York herumlaufen und vor den Cops flüchten, ist legendär. Ihre Musik passt bis heute hervorragend dazu: verspielt, offen, ehrlich, kindisch. Zu zweit schaffen sie aufregende und vereinzelt sogar berührende Momente. Das atemlose, laut hingerotzte „Hey Now“ als Opener von „New Glow“ lässt keinen Zweifel daran, dass Matt and Kim gar kein Interesse daran haben, einen irgendwie sophisticateden Sound zu etablieren. Die Kürze der Songs bewirkt dabei, dass sich das Konzept nicht so schnell abnutzt. Wer mit Vocodern und Kinderzimmer-DIY-Attitüde nicht viel anfangen kann, sollte besser Abstand von den beiden halten. Für alle anderen könnte es jedoch eine der netteren Partyplatten des Jahres werden.

MARIE: Das New Yorker Indie-Pop-Duo Matt and Kim ist nach wie vor laut und massentauglich. Das Plattencover: das Geschmackloseste, was die energiegeliche Schlagzeugerin und der hibbelige Keyboarder nur in die Welt schleudern konnten. Ich hätte die Scheibe vielleicht mit vierzehn gerne gehört. Die erste Nummer „Hey Now“ hätte mein Jugendzimmer in ein Schlachtfeld verwandelt, denn eines ist das neue Album: tanzbar. Am besten nicht nüchtern. Die folgenden Titel „Stirred Up“ und „Can You Blame Me“ werden nicht besser. Der Titel „Hoodie On“ ist dann eine Mischung aus Eislaufplatzfeeling gepaart mit Smartphone-Gedudel, „Make a Mess“ hat etwas von Kinderliedern, die meine Schwester mit vier gehört hat: Zu piepsigen Keyboardsounds ist die Hauptaussage „lets make a mess, because we’ve been clean for too long“. Das passt wieder zum zerstörten Jugendzimmer. In diesem Stil geht es

Katja Krüger studiert Gender Studies an der Universität Wien.
Marie Luise Lehner studiert Sprachkunst an der Universität für Angewandte Kunst.

Alles Böse ist autistisch

Behinderte auf Basis fehlender oder unzureichend vorhandener Fähigkeiten abzuwerten wird als Ableismus bezeichnet. Im Journalismus ist es inzwischen gängiges Stilmittel geworden, den Begriff des Autismus für alles zu verwenden, was irgendwie negativ besetzt werden soll – auf Kosten der AutistInnen.

Die deutsche Sprache verfügt, so schätzen WissenschaftlerInnen, über rund 5,3 Millionen Wörter – Tendenz steigend. Etwa 200.000 der regelmäßig genutzten Wörter sind im „Großen Wörterbuch der deutschen Sprache“ erfasst. Die meisten professionellen SchreiberInnen besitzen dieses Buch, eventuell auch ein Konkurrenzprodukt. Und doch fällt es gerade Menschen, deren Beruf der Umgang mit unserer Sprache ist, schwer, sich in eben dieser souverän, elegant und treffend auszudrücken.

Immerhin: Viele sprachliche Fehlritte, die vor Jahren noch gängig waren, verschwinden nach und nach aus unserem Sprachgebrauch. Wäre da nur nicht diese kleine Gruppe Menschen, die von dieser Entwicklung in den Mainstreammedien bisher vollständig ausgenommen ist: die AutistInnen. Ihre Neurodiversität, also ihre angeborene Entwicklungsstörung, wird zunehmend zu einem schicken, intellektuell klingenden Modewort für alles Negative.

SHELDON, MONK UND SHERLOCK? Autismus ist eine geistige, eine „unsichtbare“ Behinderung, deren Symptome erstmals 1938 vom österreichischen Kinderarzt Hans Asperger beschrieben wurden und die bis heute vergleichsweise unbekannt sind. Der Autismus wird inzwischen als großes Spektrum gesehen, das von leichten Auffälligkeiten bis hin zur schweren geistigen Behinderung reichen kann. Eine quasi kaum überschaubare Vielfalt an Ausprägungen und Persönlichkeiten also, von denen keine der anderen gleicht – ein Punkt, der es so schwer macht, Autismus abseits der reinen Diagnosekriterien zu verstehen. Gerade im Fall von AutistInnen, die man vor der Einführung des Autismusspektrums als Asperger-AutistInnen kategorisierte, bleiben Symptome oft unbemerkt, wenn sie sich nicht selbst outen. Sie werden meist als sehr verschlossen, einzelgängerisch, analytisch denkend und eher humorlos wahrgenommen. Dieser einseitige Blick von außen kann nicht widerspiegeln, was Autismus ist und wer AutistInnen sind. An sie werden oft Ansprüche gestellt, die sie aufgrund ihrer Einschränkungen nicht erfüllen können, was

auf längere Sicht Frustration, Neigung zu Depression, erhöhte Arbeitslosigkeit und soziale Isolation verursacht.

ONANIERENDE VOLKSSCHULKINDER. Inzwischen vergeht trotz fehlendem Bewusstsein darüber, was Autismus überhaupt ist, kaum eine Woche, in der sich nicht in einen Zeitungsartikel das Schlagwort „autistisch“ einschleicht. Ende März forderte die mit Plagiatsvorwürfen ins Gerede gekommene Helene Hegemann im Feuilleton der FAZ einen neuen, „autistischen“ Persönlichkeitstypus, einen selbstlosen Übermenschen, der die Gesellschaft vor sich selbst rette: „Bei dieser neuen, glorifizierten Form von Autismus handelt es sich nicht um unberechenbare Asperger-Kids, die schon im Vorschulalter masturbierend am Kronleuchter hängen.“

Nun gut, Frau Hegemann, wir AutistInnen sind hier. Aber warum sollen wir eine Gesellschaft retten, die uns als Synonym für Ichbezogenheit, Isolation, Egozentrik, Rücksichtslosigkeit und Ähnliches verwendet?

Lassen wir die verstörenden sexualisierten Vorschulkinder weg, bleiben nur noch eine Handvoll Worte in Hegemanns Text. Diese ergeben zwar keinen Sinn, werfen aber ein recht merkwürdiges Licht auf AutistInnen. Eigentlich will Hegemann in ihrem Feuilleton-Beitrag nur ein bisschen jammern, weil man während der Plagiatskontroverse vermeintlich so schlecht mit ihr umging. Und das direkt zu tun, gehört sich ja nicht. Aber Ableismus, nun, das kann man schon mal machen.

WENN BABY DIE WÄSCHE MACHT. Im Februar ließ sich die Geschlechtsverkehrs-Spezialistin Paula Lambert in ihrer Sex- und Beziehungskolumne im Testosteronblättchen GQ darüber aus, dass ihr Protagonist Claus nun in einer festen Beziehung sei. Was sie nicht sonderlich zu freuen schien: „Claus hat eine intensive Phase des sozialen Autismus durchlebt, wie so viele Männer, die plötzlich eine Frau kennenlernen, die ihnen die Wäsche macht.“ Man stutzt kurz, fragt sich, wie so ein sozialer Au-

tismus denn aussieht und ob es Autismus auslösen kann, jemandem die Wäsche zu machen. Dann merkt man, dass Frau Lambert lediglich sagen wollte, dass Claus sich in so einer Beziehung sehr wohl fühlt und die „Fürsorge“ seiner Partnerin ohne Gewissensbisse genießt. Das kann die Autorin nicht gutheißen, also muss sie es abwerten. Warum jedoch AutistInnen den Kopf für etwas herhalten müssen, was Frau Lambert doof findet, verschweigt sie uns leider.

EIN DEPP OHNE SEXUALITÄT. Besonders geschmacklos zeigte sich der Kabarettist Max Uthoff bei einer Rede gegen Mügida (den Münchner Ableger von Pegida), in der er verlauten ließ: „Was ist ein patriotischer Europäer? Ein Autist im Swingerclub.“ Er fand diesen Spruch derart lustig, dass er ihn kurz darauf im ZDF wiederholte. AutistInnen konnten darüber aber weniger lachen. Ihre Sexualität ist immer wieder Ziel wilder Mutmaßungen. Dass Uthoff aber AutistInnen ihre Sexualität per se aberkennt und sie vor einem Millionenpublikum demütigt, ist ihm gleichgültig. Er erntet damit billige Lacher und schlägt behinderten Menschen damit grinsend ins Gesicht.

Die falsche Verwendung und negative Konnotation des Autismus-Begriffs schadet unmittelbar AutistInnen, die nun nicht mehr wagen, über ihren Autismus zu sprechen. Doch genau das ist notwendig, um die Hilfe zu erhalten, die sie benötigen. Autismus ist weder Erkrankung noch Impfschaden oder von mangelnder Liebe oder falscher Ernährung verursachter Zustand. Und ganz sicher kein schlechter Witz, den drittklassige Schreiberlinge immer dann herbeizaubern können, wenn das eigene fachliche Unvermögen nichts mehr hergibt.

Marlies Hübner ist Autorin und erhielt mit Mitte 20 ihre Autismus-Diagnose. Seitdem setzt sie sich gegen Ableismus und für die Akzeptanz von AutistInnen ein und schreibt darüber unter anderem als Mitglied der Redaktion für N#mmer und auf robotinabox.de.




blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente zu aktuellen Diskussionen auf den Blog.

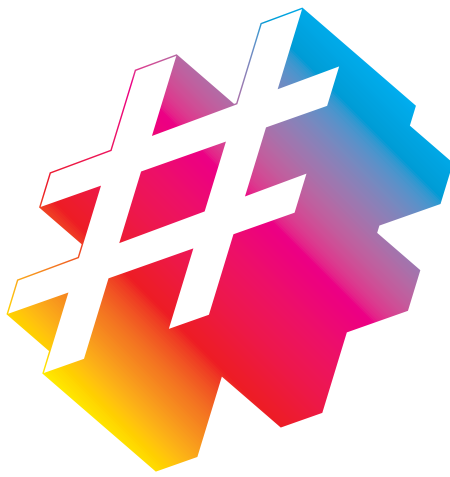
Anklicken

blog.arbeit-wirtschaft.at

 twitter.com/AundW

 facebook.com/arbeit.wirtschaft





Edin sagt

Multiple Choice mal anders.

